

Elberfelder Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Elberfelder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 50 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfseitige Petizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr, vormittags, größerer früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 249.

Montag, den 24. Oktober 1910.

17. Jahrg.

Heute abend: Volksversammlung im Gewerkschaftshaus.

Hierzu eine Beilage.

Was aus der Reform der Unfallversicherung in der Reichstagskommission geworden ist.

Die Unfallversicherung ist der Zweig der Arbeiterversicherung, mit dem die Arbeiter am unzufriedensten sind. Das hat seinen Grund darin, daß in den Durchführungsorganen der Unfallversicherung, den Berufsgenossenschaften, die Leitung ganz in den Händen der Unternehmer liegt. Dadurch ist es gekommen, daß die Unfallversicherung in einer sehr arbeiterfeindlichen Weise durchgeführt wird, und die Berufsgenossenschaften jede Möglichkeit ausnutzen, um die Anprüche der Arbeiter abzulehnen oder sie mindestens anfangs äußerste zu beschränken.

Zude erste Reform der Unfallversicherung mußte deshalb damit beginnen, die Alleinherrschaft der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften zu beseitigen und den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht in der Unfallversicherung nicht länger vorzuenthalten. So hat denn auch die sozialdemokratische Partei auf dem Lippiziger Parteitag im vorigen Jahre mit vollem Recht an die Spitze ihrer Forderungen für alle Versicherungszweige gestellt: volles Selbstverwaltungsrecht für die Versicherten.

In der Reichstagskommission kam es bereits bei dem ersten der Paragraphen, die sich auf die Unfallversicherung bezleben, zu einer grundätzlichen Aussprache über das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter. Es handelte sich nämlich um die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die gewerblichen Kleinbetriebe, von denen nach der Vorlage ein beträchtlicher Teil auch fernherin nicht versichert sein soll. Selbstverständlich forderten unsere Genossen in der Kommission, daß die Arbeiter aller Betriebe, also auch aller Kleinbetriebe, einen Anspruch auf Entschädigung des Schadens, den sie infolge eines Betriebsunfalls erlitten, an die Unfallversicherung haben sollen.

Die Berechtigung dieser Forderung ist nicht zu bestreiten. Dagegen muß anerkannt werden, daß die Berufsgenossenschaften in ihrer jetzigen Organisation zur Durchführung der Versicherung unter Einbeziehung aller Kleinbetriebe nicht geeignet sind. Unsre Genossen in der Kommission wiesen deshalb auf die Notwendigkeit hin, daß für die Unfallversicherung andere Durchführungsorgane geschaffen werden. Davon wollten jedoch die bürgerlichen Parteien gar nichts wissen. Sie zogen es vor, lieber jene Kleinbetriebe unversichert zu lassen, als die Reform auf die Berufsgenossenschaften auszudehnen.

Später kamen dann weitere Anträge unserer Genossen zur Verhandlung, nach denen die Genossenschaftsversammlungen aus einer gleichen Zahl von Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter bestehen, und die Unfallverhütungsmäßigkeiten durch einen in gleicher Weise zusammengelegten Ausschuß durchgeführt werden sollen. Diese Anträge bedeuten bereits gegenüber der Abneigung unsrer Gegner gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter ein sehr weites Entgegenkommen unserer Genossen, die nur deshalb von weitergehenden Anträgen Abstand genommen haben, weil die Aufnahme derselben bereits nach den bisherigen Beschlüssen der Kommission ausgeschlossen war. Trotzdem lehnten die bürgerlichen Parteien auch diese Anträge glatt ab. Sie wollen unter keinen Umständen, selbst nicht wenn das Leben und die Gesundheit der Arbeiter auf dem Spiele steht, auch nur das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter anerkennen und damit die Alleinherrschaft der Unternehmer beseitigen.

Fast genau so einig waren die bürgerlichen Parteien darin, daß die „Lasten“ der Versicherung für die Unternehmer nicht vergrößert werden dürfen. Dieselben Parteien, die bei der letzten Finanzreform fast 500 Millionen Mark neue Steuern dem Volke auferlegten, stellten es jetzt als den sichersten Untergang unserer Landwirtschaft und Industrie hin, wenn die Unfallversicherung noch mehr „unsre Erwerbsleben belasten“ würde. Die Folge davon war, daß die bürgerlichen Parteien fast alle Anträge unserer Genossen zur Erhöhung der Leistungen an die Verleger und deren Hinterliebene abgelehnt haben.

Bis zu welchen kleinen Ungerechtigkeiten die bürgerlichen Parteien sich hierin versteigen, dafür ist auf ein bezeichnendes Beispiel hingewiesen. In dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung haben die Regierungen auch

die Bestimmungen aus dem alten Gesetz übernommen, daß der Verleger die Erhöhung oder Wiedergewährung der Unfallrente nur für die Zeit nach Ablaufung des Anspruchs verlangen kann. Es handelt sich also hier um einen Verleger, dessen Zustand sich verschlechtert hat. Das kommt verhältnismäßig oft vor nach Verlegerungen der Hände und Beine. Die Verlegerung, nehmen wir an, ist scheinbar gut geheilt. Infolgedessen bekommt der Verleger keine oder nur eine ganz geringe Rente. Eines Tages aber bricht die Wunde aus irgendeinem Grunde wieder auf, oder es stellen sich sonst Schmerzen ein, durch die der Verleger viel mehr bei seiner Arbeit gehemmt wird, als es bisher der Fall gewesen ist. Der Verleger, der ein tüchtiger, gewissenhafter Arbeiter ist, denkt nicht gleich an die Erlangung einer höheren Unfallrente. Er wartet einige Zeit, und erst dann, wenn er sieht, daß es nicht besser wird, wendet er sich an die Berufsgenossenschaft mit dem Antrag um Gewährung einer höheren Rente. In diesem Falle bekommt er aber nach der angeführten Bestimmung die höhere Rente erst von dem Tage an, an dem er seinen Anspruch bei der Berufsgenossenschaft geltend gemacht hat. Er verliert also die Rente für die Zeit, die er in der Hoffnung auf eine schnelle Besserung seines Zustands mit seinem Antrag gewartet hat. So wird er dafür bestraft, daß er nicht gleich den Antrag gestellt, sondern sich erst überzeugt hat, daß ein solcher Antrag auch wirklich notwendig ist.

Unsre Genossen beantragten, daß diese Bestimmung dahin geändert werde: Der Antrag auf die höhere Rente kann von einem Zeitpunkt an gestellt werden, der längstens sechs Monate nach Meldung des Anspruchs zurückliegt. In unserem Beispiel also sollte der Verleger sechs Monate Zeit haben, zu beobachten, ob sich sein Zustand verbessert, und wenn die Besserung nicht eintritt, dann sollte er die höhere Rente für die ganze Zeit der Verschlechterung, also höchstens für sechs Monate zurück, beanspruchen können.

Die Gefahr, daß ein Mißbrauch mit dieser neuen Bestimmung getrieben werde, ist ausgeschlossen, da der Versicherte in jedem Fall beweisen muß, daß sein Zustand schon von dem früheren Zeitpunkt an schlechter gewesen ist. Ferner muß die von den Sozialdemokraten geforderte Verbesserung als um so gerechtfertigter anerkannt werden, da in allen anderen derartigen Fällen nach dem bürgerlichen Recht die höhere Entschädigung von dem Eintritt der Verschlechterung an, auch wenn sie bereits länger als sechs Monate zurückliegt, gewährt wird. Mithin sollte durch den sozialdemokratischen Antrag eine offenkundige, auch mit der allgemeinen Rechtsauffassung im Widerspruch stehende Ungerechtigkeit beseitigt werden. Trotzdem wurde der Antrag von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Wenn aber die Arbeiter bei jeder kleinen Verschlechterung ihres Zustandes, um sich gegen den Schaden des erst später eingereichten Antrages zu schützen, sofort mit dem Antrag um Gewährung einer höheren Rente vorgehen, dann sind es dieselben Parteien, die sich darüber entzweit, daß die Arbeiter so „leichtfertig“ Anträge stellen.

Und nun erst das Verhalten der Agrarier bei der Beratung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung in der Kommission. In dem Kampfe um die Lebensmittelzölle versicherten seinerzeit die Herren, daß sie auch aus dem Grunde höhere Zölle haben müßten, um besser als bisher für ihre Arbeiter sorgen zu können. Trotz des günstigen Geschäfts mit dem Brotwucher sind die Agrarier nicht einmal dafür zu haben, endlich die Bestimmungen der landwirtschaftlichen Unfallversicherung zu beseitigen, durch die die landwirtschaftlichen Arbeiter sogar noch schlechter als die andern Arbeiter nach der Gewerbe-Unfallversicherung gestellt sind. Da sie machten sogar wiederholt den Versuch, solche neuen Verschlechterungen, die bei der Gewerbe-Unfallversicherung abgelehnt worden sind, jetzt als neue Ausnahmestellungen für die landwirtschaftlichen Arbeiter ins Gesetz zu bringen. Dabei gingen die Agrarier so schamlos vor, daß ihnen von den anderen bürgerlichen Parteien meistens nur die Nationalliberalen folgten, und dann die Anträge der Agrarier abgelehnt wurden.

Demgegenüber kommen die wenigen verhältnismäßig geringfügigen Verbesserungen, die die Kommission auf das unermüdliche Drängen der Sozialdemokraten angenommen hat, kaum in Betracht. Sie entsprachen bei weitem nicht den Änderungen, die mit Rücksicht auf die Bedürfnisse unserer Zeit dringend von den Arbeitern gefordert werden müssen. Demnach sind die Arbeiter, die auf

eine erste Reform der Unfallversicherung gehofft haben, enttäuscht worden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aufpassen — rüsten!

Der abgetakelte Regierungsrat Rudolf Martin, der frühere Gewährsmann der „Rhein.-Westf. Zeitung“ über Internats aus den Geheimkabinett, hat schon wieder ein Buch erscheinen lassen, das, wie seine Vorgänger, auf die Sensation gestimmt ist. Das Buch führt den reklamehesten Titel „Unter dem Scheinwerfer“ und es beschäftigt sich hauptsächlich mit Personen aus den regierenden Kreisen. Uns interessiert heute darin nur die Scharfmacherleistung, die der Verfasser vollbringt. Ganz im Stile seiner ehemaligen Väter von der „Rhein.-Westf. Ztg.“ zieht er gegen den unsäglichen Reichskanzler zu Felde, der, gleich dem Greise auf dem Dache, sich gegen die heranwälzende rote Flut nicht zu helfen wisse. In dem Kapitel „Vor der roten Flut“ heißt es:

„Das Deutsche Reich steht vor der Revolution sagen die einen. Das Deutsche Reich steht vor einer schweren Krise — sagen die anderen. Die politischen und sozialen Stürme der kommenden Jahre dürften so heftig sein, daß kleine Urtäufe sofort die größten Wirkungen haben können. Etwa mehr an Ungeschicklichkeit, an Trost oder Andolenz läßt das Maß überlaufen. Ein unscheinbarer Zufall kann die furchtbare Explosion herbeiführen.“

Warum? Wegen totaler Unfähigkeit der Regierenden! Es ist verfehlt zu glauben, daß sich alles von allein entwickelt. Gewisse Hindernisse müssen rechtzeitig aus dem Wege geräumt sein. Zu bestimmten Zeiten darf der leitende Minister kein weltfremder, unpolitischer Bureaucrat und Philosoph sein. Es gibt Augenblicke, wo zur Leitung des Staates ein Staatsmann unentbehrlich ist.

Ist die Lage hoffnungslos? Nur so lange uns die Unfähigkeit selbst regiert. Eine fähige Hand kann jegliches Unheil abwenden und die wilde rote Flut zur Vermehrung der Fruchtbarkeit des Ackers eindämmen und ververteten.“

Wir geben auch diese Äußerungen wieder, um zu zeigen, wie zurzeit die ganze kapitalistische Korona einmütig dabei ist, nach dem „fähigen Mann“ zu rufen, der die rote Flut einzudämmen vermag. Die Arbeiter ersehen daraus, wie ernst die Situation ist und was bei den kommenden Wahlen für sie alles auf dem Spiele steht. Aufpassen, rüsten, das kann nicht oft genug hinausgerufen werden.

Gegen die Ortskrankenkassen.

In den letzten Wochen hatte die reaktionäre Presse so viel mit den Schwundeln über Moabit zu tun, daß sie den Ortskrankenkassen weniger Aufmerksamkeit schenken konnte. Das soll nun offenbar wieder anders werden, und zwar ist es die „Nationalliberale Korrespondenz“, die den Ton angibt. Aus Krankenkassenkreisen will das offizielle Organ der nationalliberalen Partei eine ganze Menge Zuschriften erhalten haben, von denen es einige wiedergibt „unter Weglassung der Namen und Orte, um die Einsender den sozialdemokratischen Machthabern nicht ans Messer zu liefern.“ Von welchem Kaliber dieses Material ist, dafür eine kleine Probe:

„Die in den Kassen geführten Mitgliederlisten und Arbeitgeberkataster werden mit den Listen der Partei und Gewerkschaft verglichen. Dadurch wird festgestellt, wer nicht „organisiert“ ist. Die Unorganisierten werden dann von den beauftragten Personen so lange in ihrer Wohnung, die ebenfalls der Ortskrankenkasse bekannt ist, besucht, bis sie dem fortwährenden Druck nachgeben. Die Gewerkschaftssekretäre gehen in den Kassen zu jeder beliebigen Zeit aus und ein und erbalten auf jede Frage die gewünschte Auskunft, erforderlichenfalls auch Einsicht in die entsprechenden Unterlagen. Bei Streits erweitert sich die Ortskrankenkasse als brauchbare Institution für die Gewerkschaften. Werden z. B. Arbeitsunfälle vormittags eingestellt, so werden diese selbstverständlich bei der zuständigen Kasse angemeldet. Die dort tätigen Genossen feilen umgehend der Streitleitung Namen und Wohnung der Streikbrecher mit, und schon am Mittag werden die Leute in der Wohnung aufgesucht und so lange bearbeitet, bis sie nachgeben und am Nachmittag oder tags darauf dem Betrieb fernbleiben. Zeigen sich aber etwa einige widerstreitig, so prangen am selben Abend noch ihre Namen und sonstigen Verhältnisse im sozialdemokratischen Blatt. Auch die Krankenbedürftigen treten bei Wahlen in Tätigkeit. Sie geben dem sozialdemokratischen

Wahlbüro eine Liste der Kranken, die ihre Wahl nicht selbst ausüben können. Durch das Bureau werden dann die notwendigen Vollmachten beigezogen.

Aus diesen Darlegungen lässt sich ohne weiteres erkennen, woher diese Art "Material" stammt. Es soll jetzt in alter Schärfe der Kampf wieder dafür aufgenommen werden, dass die von der Reichstagskommission abgelehnte Haltung der Beiträge wieder in das Gesetz eingefügt wird.

Ein Beamten-Wahlprogramm.

Der Bund der Festbesoldeten hat ein Wahlprogramm aufgestellt, das bei den kommenden Wahlen denselben Kandidaten unterbreitet werden soll, die um die Stimmen der Beamten sich bewerben. Das Programm steht zunächst einmal vor, die Sicherstellung der staatsbürgerlichen Rechte, vor allem des Vereins- und Versammlungsrechts, des Rechts der freien Meinungsausübung in Wort und Schrift und des Rechts freier politischer Betätigung innerhalb des Rahmens der auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien. Ein weiterer Abschnitt regelt die Wünsche der Beamten auf dem Gebiete der Besoldung und Versorgung. Ferner wird verlangt das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, Durchführung des Selbstverwaltungsprinzips in Reich, Staat und Gemeinde und gerechte Steuereinschätzung.

Die Bielredner des Deutschen Reichstages.

Das Sprechregister über die Reichstagsverhandlungen im letzten Sessionsabschnitt ist im Reichstage jetzt ausgegeben worden und gibt Aufschluss über die Redefähigkeit der einzelnen Abgeordneten. Während etwa 150 Abgeordneten niemals rednerisch hervorgetreten sind, haben es gegenüber diesen Schweigekünstlern verschiedene Abgeordnete zu ziemlich hohen Zahlen gebracht. bemerkenswert ist, dass nicht immer die Führer der Parteien das große Wort führen, denn Bebel, der allerdings lange Zeit erkrankt war, sprach nur achtmal, sein Antipode Herr von Normann nur sechsmal. Die meisten Reden hielt, wie in allen Sessionen, der Zentrumsabgeordnete Erzberger, der sich über fast alle Gebiete ausließ; er brachte es auf 370 Reden, so dass er im Durchschnitt täglich zweimal sprach. Er hat fast so oft gesprochen wie die beiden nächsten Bielredner zusammen, nämlich Dr. Müller-Münchingen (228 Reden) und Gothein (150 Reden). Über hundertmal haben das Wort ergriffen: Ledebour (142), Gröber (126), Gamp (122), Dr. Görke (Brandenburg) (120), Werner (118), Behrens (113), Bassermann (110), Dr. Wiemer (106), Dr. Semler (102).

Die meisten Bielredner hat die nationalliberale Fraktion aufzuweisen (wohl weil dort immer einer links und einer rechts sprechen musste), es folgt das Zentrum, das nach der Zahl der Reden dank Erzberger überhaupt an der Spitze steht, am schweigamsten sind die Konservativen. Sie haben's nicht nötig.

Erni mag nicht mehr.

Der verflossene glorreiche zweite Vizepräsident des Reichstages, Erbprinz Ernst zu Hohenlohe-Langenburg will zum Reichstag nicht wieder kandidieren. Das ist sehr vorsichtig von ihm, denn die Mehrheit der Wähler im Herzogtum Coburg-Gotha würde dem früheren Schnapsblockpräsidenten sicher einen glänzenden Durchfall bereiten. Das politische Leben Deutschlands verliert nichts, wenn der Prinz sich zurückzieht, um auf seinen parlamentarischen Vorbeeren auszuruhnen.

Zur Einschüchterung des Spleißbürgers.

Die deutsche Scharfmacherpresse hat die Ereignisse in Portugal, besonders aber den Eisenbahnerstreik in Frankreich nach allen Regeln der Kunst ausgenutzt, um ein Ausnahmegesetz gegen die deutschen Arbeiter zu begründen. Nun ist zwar die Republik Portugal konsolidiert und hat sich gut bürgerlich eingestellt; auch der Eisenbahnerausstand ist zu Ende. Jedoch wird das Hezen fortgesetzt, und weil "Schreckennachrichten", wie man sie braucht, aus Frankreich nicht mehr kommen — Briand hat, nachdem er sein Ziel erreicht, die Verbreitung von Schauermären über gefährdete Eisenbahnzüge usw. eingestellt — so fabriziert man sich solche!

Wohl am breitesten schwindet die "Deutsche Tageszeitung", die allerdings als Agrarierorgan die Taktik verfolgen muss, die öffentliche Aufmerksamkeit von dem immensen Lebensmittelwucher abzulenken. Das Bündlerblatt fabriziert ein Pariser Telegramm, worin es u. a. heißt:

Wie man jetzt erfährt, entdeckte die Polizei einen sorgfältig ausgearbeiteten Revolutionsplan, der bereits alles vorgesehen hatte, was sich nach dem Gelingen des Umsturzes als notwendig erweisen sollte. Die Regierung beschlagnahmte sogar die Liste der Mitglieder der neuen Regierung, deren Namen sie geheim hält; aus diesem Schriftstück geht ferner hervor, dass die sozialistisch-kommunistische Regierung bis zur Durchführung des sozialdemokratischen Staatswesens, das an Stelle der bürgerlichen Republik treten sollte, Frankreich mit einer Diktatur begnügt hätte. In Paris war der Hauptteil der Verschwörung während dreieinhalb Jahren in den Provinzen ein weitverzweigtes Netz revolutionärer Nebenstellen bestand. Das Zeitschriftenkomitee besaß ein genau ausgearbeitetes Zeichen sämtlicher Truppenkörper der Armee, in welchen die Zusammensetzung jedes Regiments im Hinblick auf die politische Orientierung der Offiziere und Mannschaften beschrieben war; beispielweise wiesen Sozialdemokraten und Anarchisten sich darunter befinden, und auf welche Regimenter man bei dem Ausbruch ein erneutes Revolution besonderes rechnen könnte. Es wurde dabei auch genau Buch geführt über die aus der ländlichen und der städtischen Bevölkerung heraustragenden Refrakte. Gadlich beschlagnahmte die Polizei auch Blätter für die Verteilung der Bomben in Paris und auf den einzelnen Provinzen. Zum Glück war die Regierung schon vor sechs Monaten dieser Verschwörung auf die Spur gekommen, deren Teilnehmer auf das strengste überwacht wurden. Nur auf diese Weise gelang es, den Schlag rechtzeitig zu parieren, der von der Sozialdemokratie gegen die bürgerliche Republik geführt wurde.

Die Erfahrungssache des Agrarierorgans ist groß; aber das Problem ist doch nicht gut gelöst. Warum beginnt sich denn Derkel mit der Liste einer künftigen sozialistisch-kommunistischen Regierung? Es hört doch eben nicht daselbst und gebarbigen Revolutionären

enthalten können: Die Sozialisten haben Briand, Millerand und Viviani ins Ministerium dirigiert, damit sie dort die ganze Staatsmaschinerie in die Hand bekommen. Um das Bürgeramt zu täuschen und in Sicherheit zu wiegen, werden die drei als Renegaten verschrien und sie selbst stellen sich, als ob sie der Bourgeoisie dienen. Im gegebenen Augenblick aber proklamieren sie den sozialistisch-kommunistischen Staat!

Warum Derkel nicht auf den Gedanken kommt?

Der Bundesrat gegen die Schundliteratur.

Der Hamburger Senat hat im Bundesrat den Antrag gestellt, in Artikel 2 der Reichsgewerbeordnung Bestimmungen einzunehmen, die die Säuberung der Schaukästen und der Schaufenster von der Schundliteratur ermöglichen. Unter Schundliteratur sollen hauptsächlich jene literarischen Erzeugnisse verstanden werden, die durch Schilderung verbrecherischer Vorgänge geeignet sind, zu verbrecherischen Handlungen anzureizen. Weitere Anträge will der Hamburger Senat bei der Behandlung des Entwurfs zum neuen Strafgesetzbuch stellen. Im Bundesrat sollen die Hamburger Anträge sympathisch aufgenommen worden sein, sodass entsprechende gesetzgeberische Vorschläge demnächst zu erwarten sind.

Die Reisekosten des Kronprinzen.

Auscheinend amtlich wird nunmehr mitgeteilt, dass die allgemeinen Reisekosten des Kronprinzen für seine Reise nach Indien aus der Zivilistre, die Aufwendungen für besondere Empfänge, die als Staatsakte zu betrachten seien, aus den Dispositionsfonds des Auswärtigen Amtes bestritten werden. Das Auswärtige Amt will später dem Reichstag Rechnung legen über die Art der Verwendung der Gelder.

Das Zentrum in Nötten.

So sicher und sorglos, wie es sich den Anschein geben möchte, sieht das Zentrum doch nicht den kommenden Reichstagswahlen entgegen. Das Organ des versorbenen früheren Abg. Fusang e fürchtet sogar, dass die rege Arbeit der Sozialdemokratie im westenlegen schwarzen Sauerlande Erfolg haben könnte. Wahr sei um den Besitz der Zentrums Hochburgen nicht zu fürchten, doch die Schlagworte Fleischnot, Erbansallsteuer, Steuerraub usw. wirken auf die Massen. Für den Wahlkreis Arnsberg-Olpe-Meschede, wo das Zentrum bekanntlich in zwei Richtungen gespalten ist, sei das Schlimmste zu befürchten, wenn nicht ein Kandidat gefunden werde, der beide Richtungen befriedige. Nach Lage der Dinge sei eine Stichwahl gar nicht ausgeschlossen. Es ist nicht daran zu denken, dass der jetzige Abgeordnete des Kreises, der christliche Arbeiterssekretär Becker, wieder kandidieren könnte. Auf dem Zentrumsparteitag in Lippstadt sei über den Kreis verhandelt worden, was beschlossen sei, wisse man aber nicht.

Also ein heilloser Wirrwarr! Man fürchtet den Zorn des Volkes und rechnet auf ein großes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmenzahl. Nichtsdestoweniger soll der Arbeiterkandidat Becker abgesagt werden.

Diese Forderung des Fusangblattes entspricht übrigens durchaus der Haltung des Provinzialausschusses der westfälischen Zentrumspartei. Dieser Ausschuss hält jüngst in Münster eine Sitzung ab, in der befand wurde, dass man die Vertretung der Berufsstände im Reichstage für garnicht dringend halte, weil jeder Abgeordnete des Zentrums die berechtigten Interessen aller Berufsgruppen vertrete.

In verständliches Deutsch übertragen heißt die Entscheidung, dass die proletarischen Interessen der Arbeiterväbler des Zentrums am zweckmäßigsten durch Grafen und Herzöge vertreten werden, deren Wahl in den letzten Jahren bekanntlich ganz auffällig begünstigt wurde.

Der Sturmlauf des Zentrums gegen den bayerischen Verkehrsminister.

Seit Monaten ist das Zentrum am Werke, die Stellung des bayerischen Verkehrsministers v. Frauendorfer zu unterminieren. Der Minister wird beschuldigt, dass er den süddeutschen Eisenbahnerverband dulde, statt ihn nach preußischem Muster — auf das in den letzten Tagen wiederholt hingewiesen wurde — niederzuknüppeln. Abgesehen davon, dass der genannte Verband dem ultramontanen Bayerischen Eisenbahner-Verband eine sehr unbeständige Konkurrenz ist, leidet der letztere auch darunter, dass die sozialdemokratische Fraktion im bayrischen Landtag rücksichtslos die zwieschlägige Haltung des Zentrums bloßgelegt hat. Es ist deutlich nachgewiesen worden, wie die ultramontanen Agitatoren allerhand Forderungen für die Staatsarbeiter und bediensteten aufgestellt haben, während sich das Zentrum gehütet hat, im Landtag auch für die Erfüllung dieser Wünsche zu sorgen. Die Bloßstellung des Zentrums durch die sozialdemokratischen Abgeordneten soll nun vergolten werden; man will die Regierung dazu drängen, einen verächtlichen Schlag gegen den Süddeutschen Eisenbahner-Verband zu führen. Da sich der Verkehrsminister aber anscheinend nicht willig dazu hergeben will, alle vom Zentrum gewünschten Scharfmachereien auszuführen, so wird zunächst gegen ihn ein energischer Angriff unternommen. Am Mittwoch hat in München eine Zentrumsversammlung stattgefunden, in der der Zentrumsabgeordnete Redakteur Held aus Regensburg über das Thema: "Rückblick und Ausblick in der bayrischen Politik" referierte. Redner verwies auf den Eisenbahnerstreik in Frankreich und führte dann weiter aus, nach Ansicht des Zentrums würde alles ferngehalten werden, was Vorgänge wie jetzt in Frankreich möglich mache. Man stehe unter dem Eindruck, dass das Gesamtministerium und besonders das Verkehrsministerium nicht alles getan habe, was alle Staatsreinen Bürger erwarten würden. Eine solche Frage würde nicht vom Standpunkt der Populärität, sondern vom Standpunkt des Staatsinteresses und vom monarchischen Standpunkt aus behandelt werden. Daraus könne es nicht gedeckt werden, dass Staatsbeamte und Staatsarbeiter einer sozialdemokratischen Organisation angehören. Ebenso wenig könnte ein Schultheiter Mitglied der sozialdemokratischen Partei sein. Das Zentrum sieht auf dem Standpunkt des Staatsinteresse verlangt es, dass Staatsbeamte

und monarchisch gesinnte Arbeiter gestählt und gehoben werden müssen, nicht aber darf ein "moderner" Minister Elemente, die auf den Umsturz hinzuarbeiten, Vorschub leisten. Held versicherte, dass er trotz dieser Ausführungen kein Schafsmacher sei, er verlange kein Ausnahmegesetz für die Sozialdemokratie, er wolle auch keinem sozialdemokratischen Arbeiter in einem privaten Betrieb seine Freiheit verkümmern, etwas anderes sei es aber bei einem Staatsarbeiter. Da wählt andere Wege eingeschlagen werden. Das Zentrum lasse sich eine derartige Stellung des Ministeriums einer Partei gegenüber, die die Monarchie stützen wolle, nicht gefallen und sei nicht gewillt, ein solches Ministerium weiter gewähren zu lassen.

Das bayerische Zentrum hat früher wiederholt erklärt, es denke nicht daran, Ministerfürscher zu treiben, da das Recht, Minister zu ernennen und abzusetzen, ein unantastbares Kronrecht sei. Von dieser Auffassung scheint man nicht absehen zu wollen, denn die Rede des Herrn Held ist doch, wenn sie überhaupt ernst aufgefasst werden soll, nur als die Drohung zu erachten, dass man im nächsten Landtag das Gehalt des Ministers nicht bewilligen wird, wenn die unzweckmäßigen Denunziationen bei der Krone nichts nützen. Beim Kampf um wichtige Volksrechte hat sich das Zentrum bisher zu solcher Tat nicht aufschwingen können. — Wenn die Regierung Humor hat, wird sie den schwarzen Herrschäften aber auch noch andere Widersprüche entgegenhalten können. So kann sie beispielsweise auf die vielen anerkennenden Worte hinweisen, die hervorragende Zentrumsführer in- und außerhalb des bayerischen Parlaments der Sozialdemokratie schon gewidmet haben. Und was nun gar die Streikfrage anlangt, so haben erst vor einigen Monaten in einer Bahnhofstation im bayerischen Allgäu Mitglieder des nämlichen christlichen Eisenbahnerverbandes, der den Streik verwarf, einen kleinen Ausstand inszeniert. Damals hat ein höherer Beamter der Staatsbahndienst mit den christlichen Ausländern genau so verhandelt, wie ein privater Fabrikdirektor mit "roten Streikbrüdern". Von diesen Vorgängen wollen die ultramontanen Herrschäften freilich nicht gern etwas hören.

Für die angebliche "Volkspartei", als die sich das Zentrum aufzuspielen beliebt, ist es im übrigen recht bezeichnend, dass sie jetzt auch den Reichsrat gegen die Krone scharf zu machen sucht, die bisher auf alle die christlichen Denunziationen nicht reagierte hat.

Oberpräsident und Presse.

Herr v. Malzahn, der Oberpräsident der Provinz Pommern, hat bekanntlich behauptet, dass die der Regierung nicht freundlich gesinnte Presse von jungen Leuten redigiert werde, die noch nicht hinter den Ohren trocken seien. Der Minister des Innern v. Dallwig hatte darauf Veranlassung genommen, mit dem Oberpräsidenten Rücksprache zu nehmen und soll ihm bei dieser Gelegenheit gesagt haben, dass er diese Auslassungen nicht billigen könne. Die bürgerliche Presse ist davon hoch erfreut und beweist damit, wie leicht sie alle Tritte verschmerzt, die ihr verabreicht werden sind.

Nahrungsmittel-Gesetz.

Im Reichsamt des Innern werden gegenwärtig die Erfahrungen erörtert, die mit der Weinkontrolle erzielt worden sind. Die Erörterungen haben den Zweck, ein Gesetz vorzubereiten, das den Volkzug einer allgemeinen Nahrungsmittelkontrolle ermöglichen soll. Zu diesem Zwecke finden auch bereits seit einiger Zeit Sachverständigen-Konferenzen im Reichsamt des Innern statt.

Hessen — eine russische Provinz.

Der Skandal von Friedberg wird immer toller. Auf den Straßen in der Nähe der Zarenfestung darf sich heute kein deutscher Staatsbürger mehr blicken lassen, wenn er nicht seine Arrestur durch die zum Schutz des Hängezaren befohlenen "Gentlemen" und Stunden-, wenn nicht tage-lange Einlöschung riskieren will. So wird jetzt der "Frankfurter Zeitung" geschrieben:

Es ist unglaublich, welchen Unannehmlichkeiten man jetzt in Friedberg ausgesetzt ist. Mein Reisender hatte die Friedberger Gegend zu besuchen und wollte per Rad vormittags gegen 10 Uhr nach Dorheim fahren. Vor ihm gingen drei Herren auf der Landstraße spazieren, hinter denen er herfuhr. Als er gerade im Begriffe war, die Herren zu überholen, wurde er plötzlich von zwei Männern gepackt. Es waren zwei Geheimpolizisten, die sich nun seiner annahmen. Ob er denn nicht wisse, dass hier die hohen Herren spazieren gingen, und dass der russische Kaiser nicht liebe, wenn andere Leute in seiner Nähe wären. Obgleich mein Reisender sich genügend legitimieren konnte, mügte er mit den beiden Beamten sich nach Friedberg zurückbegeben. Im Arrestlokal wurde er nochmals vernommen, musste dort vier bis fünf Stunden bleiben, dann mit einem Herrn nach Frankfurt fahren und dort seine Militärpassiere vorzeigen. Erst dann kam der eifige Beamte zu der Erkenntnis, dass von meinem Reisenden nichts falsches drohte. Der junge Mann konnte seine Tour wieder forsetzen, hatte aber die besten Geschäftsstunden während des ganzen Tages wegen der unzähligen Besorgnis um die Sicherheit des Zaren versäumen müssen.

Weil das mutige Bärtchen mit dem guten Gewissen in jedem Sterblichen einen Revolutionär erblickt, der ihm nach dem Leben trachtet, wird die ganze Gegend abgesperrt und die Bevölkerung in Arrest gestellt. Schlimmer kann es die Polizei in der Heimat des gekrönten Herkens auch nicht treiben.

Der Kampf ums Okto.

In der letzten Gemeinderatsitzung zu Straßburg (19. Oktober) erklärte der Bürgermeister Dr. Schwander zu dem Urteil des Oberlandesgerichts Kölner, das in einem Prozess gegen die Stadt Straßburg die Erhebung von Okto auf Wild und Gestügel für unzulässig erklärte, dass die Stadt Straßburg nur deshalb keine Revision beim Reichsgericht einlege, weil der Streitgegenstand nur einen Wert von 600 Mk. habe. Die Stadt werde in Zukunft das Okto von den Wild- und Gestügelhändlern nicht mehr erheben, aber notieren lassen, und nach Zusammenkommen eines Wertes von 4000 Mk. von neuem einen Prozess herbeiführen und evtl. Revision einlegen. Die übrigen elsass-lothringischen Städte Kölmar, Meg und

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 249.

Montag, den 24. Oktober 1910.

17. Jahrg.

Die „Hegrede“ eines Ministers.

Der englische Finanzminister Lloyd George hält am letzten Montag in der unpolitischen christlich-liberalen Liga Londons eine Rede über die soziale Frage, die in England gewaltiges Aufsehen erregt. Man ist von dem freikörperlichen Führer des radikalen Flügels der liberalen Partei, der sich infolge der lahmen Haltung des Regierungschefs Asquith in der Oberhausfrage seit einiger Zeit eine gewisse Beschränkung seiner Redefreiheit auferlegen mußte, schon von früher her scharfe Kritik gewohnt. Seine neuste Rede aber, die wir in einem ausführlichen Auszug nach dem Bericht englischer Blätter wiedergeben, läßt sich nicht mehr bloß wie ein radikal-demokratisches Bekennen, sondern beinahe wie eine sozialistische Programmklärung.

Hätte ein Deutscher diese Rede gehalten, so würde sie von der ganzen bürgerlichen Presse, sicherlich auch von der liberalen, als „echt sozialdemokratische Hegrede“ bezeichnet werden, und die Konservativen würden sie als schätzbares Material zur Vorbereitung eines neuen Sozialstengesetzes betrachten. Gegen Lloyd George in gleicher Weise zu verfahren, hindert die Liberalen ihr angeborener Respekt vor Ministern, die Konservativen aber halten einen Versuch, in englischen Ministerien preußische Bucht einzuführen, einstweilen für aussichtslos. So hilft man sich wie man kann — und schweigt!

Im Gegensatz zur bürgerlichen Presse hat die sozialdemokratische ein lebhafte Interesse, ihre Leser wissen zu lassen, was der britische Schatzkanzler gesagt hat. Ob seine Rede als ein persönliches Glaubensbekennen oder als ein Stück Regierungsprogramm aufzufassen ist, ob sie nur gehalten wurde in der Absicht, einer christlichen Überzeugung Ausdruck zu geben, oder ob dabei die Nebenabsicht mitwirkte, der sozialistischen Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, mag einstweilen dahingestellt bleiben. Auf alle Fälle ist sie ein glänzendes Beispiel für den siegreichen Vormarsch sozialistischer Ideen in England und in der ganzen Welt.

Die Rede lautete:

Eine gewaltige Unruhe herrscht in den Volksmassen aller zivilisierten Länder der Erde und zieht in immer höherem Grade die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Was ist die Ursache dieser Bewegung? Unsere Schätzfüller sagen, daß alle Unzufriedenheit durch unsere Wirtschaftspolitik verursacht ist, in dem Augenblick, in dem wir die handelspolitischen Ideen des Kontinents aufnehmen und zum Schutzzoll übergehen, würde die Aufregung vorüber sein. Auf der andern Seite führen die extremen Freihändler die Unruhen auf dem Kontinent einzug und allein auf die enorme Verkürzung aller Lebensmittel zurück, die die unausweichliche Folge hoher Schutzzölle ist. Ihnen beiden ist zu antworten, daß die Ursache tiefer liegt und einen allgemeinen Charakter trägt. Denn das Gebiet der Unruhe erstreckt sich weit von Ost nach West. Es umfaßt Portugal, Deutschland, Frankreich, Österreich, Russland, Italien, die Vereinigten Staaten von Amerika — alle Länder mit hohen Schutzzöllen. Unruhen haben aber auch in Nordengland, Südwales und Schottland stattgefunden, die unter dem Banner des Freihändlers stehen. Die Freihändler können also den Schutzzöllern höchstens die Taktik geltend machen, daß wir keine Hungerkrawalle gehabt haben und daß die Unruhen in andern Ländern schärfer aufgetreten als bei uns.

Obgleich ich kein Schutzzöller bin, erkenne ich gern an, daß der historische Propagandafeldzug Chamberlains der Sache der Massen einen großen Dienst geleistet hat. Denn er hat dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit auf das Vor-

handensein schreiender Gefahren hinzuhalten, von denen die herrschenden Klassen dieses Landes nichts wußten oder nichts sehen wollten.

Ich habe in meinem Leben viel Glend gesehen und sehr viel über Glend gelesen. Jedoch, ich gestehe, ich habe von seiner Schärfe nie die richtige Vorstellung gehabt; die gewann ich erst, als ich an die Ausführung des Gesetzes über die Alterspensionen herantrat. Da sah ich erst, welche erschreckende Masse ehrlicher, unabhängiger, stolzer Armut es unter uns gibt! Da gibt es, wenige Schritte von diesem Saal entfernt, Hütten, in denen arme Frauen, alt und müde, nach einem ehrenwerten arbeitsamen Leben von mehr als 70 Jahren, immer noch tagsüber vom frischen Morgen zum späten Abend am Werke sind um ein erbärmliches Bettelholz zu verdienen, das sie zwar gerade vor dem Verhungern schützt, aber sie niemals von Not und Mangel befreit. Sechs bis sieben Schilling (Mark) verdienen diese alten Frauen mit ihrer Nadelarbeit an Kleidern, deren Trägerinnen in einer Stunde des Müßiggangs und des Übermuts mehr verschwendern mögen, als dieses Glendsvolk in drei Jahren harter Arbeit verdienten kann!

Ich könnte Ihnen noch viel mehr erzählen, um zu zeigen, daß eine ungeheure Volksmasse hier, in diesem reichsten Lande der Welt ein Leben der Armut führt, das stets an der Grenze der Not und der Verzweiflung dahinschwankt. Nun ich habe es auch schon ausgesprochen, daß dieser Zustand der Dinge nicht auf dieses Land beschränkt ist. Zum Gegenteil, die hohen Lebensmittelpreise, verursacht durch die Besteuerung aller Lebensnotwendigkeiten, machen die Dinge in den Ländern des europäischen Kontinents noch schlimmer! Einschwellen genügt es festzustellen, daß auch unser Land trotz seiner ungeheuren Reichtümer nicht frei ist von Glend und drückender Not. Und dazu kommt eine Tatsache, die nicht zu übersehen ist: wir haben ein hartes Klima für die Armut. Ein warmen hellen Süden macht sich das Bedürfnis nach Nahrung, Kleidung und Obdach weniger empfindlich bemerkbar. Die Sonne ist dort der Lugus der Arbeitslosen, hier aber sind Nebel und Frost grausame Feinde aller Menschen in zerissen Kleidern. Unser Klima macht Not zur Qual!

Lassen Sie uns nun die andere Seite des Gemäldes betrachten! Wir haben hierzulande kürzlich erst eine große Agitation erlebt, die an die Ausfüllung gewisser Grundsteuerformulare anknüpfte, welche durch das Budget von 1909 vorgeschrieben ist. Da haben sich verschiedene reiche Großgrundbesitzer bitter beklagt, daß es ihnen bei aller Anspannung ihres Personals durchaus unmöglich sei, binnen zweier Monaten ein Verzeichnis ihrer Vermögensobjekte herzustellen! Ihre Güter wären so weitaus, daß sie viel länger als 60 Tage brauchten, um Angaben über ihre Ausdehnung und Lage zu machen!

Halten Sie diese Tatsachen zusammen mit den Bildern des Glends, die ich Ihnen entworfen habe — des Glends von Leuten, die nicht minder verdienstvoll sind als jene andern, die unter der Last ihres Reichtums leuchten — und Sie werden eine gewisse Erklärung haben für die Erderschütterungen, die die Grundlagen unserer Gesellschaft zu bedrohen scheinen.

Soviel vom Grundbesitz. Wie steht es aber mit dem Eigentum im allgemeinen, beweglichem und unbeweglichem? Ich habe in den letzten zwei Jahren als Finanzminister Gelegenheit gehabt, in die Weihältnisse der Erbversteuerung von nächster Nähe Einklang zu nehmen. Und ich habe dabei gefunden, daß von insgesamt 420 000 Erwachsenen, die jährlich sterben, fünf Geschlechter nicht sterben, was auch nur eine staatliche Aufnahme verlohrte. Ein paar alte billige Kleider, vielleicht ein bisschen Hausrat, das ist alles! Mehr als 300 Millionen Pfund — 6 Milliarden Mark — wechseln jährlich durch Tod ihren Besitzer; rund die Hälfte davon entfällt auf ungefähr 2000 Personen! Haben nun etwa die 350 000 Menschen, die in Armut sterben, ein Leben des Müßiggangs, der Verschwendungen und der Plauschierung geführt? Und haben die 2000, die an 3 Milliarden Mark besitzen, ein Leben der Arbeit und

der Sparsamkeit hinter sich? Ledermann weiß, daß dem nicht so ist!

Aus welchen Tatsachen erklärt sich jene Bewegung der Unzufriedenheit im Herzen Englands, die das Zeichen einer organischen Erkrankung des ganzen Systems ist?

Ich möchte Ihnen nun ein paar Fingerzeuge geben, wie die Sozialreform der Verschwendunghalt geboten könnte, durch die die Lebenshaltung des größten Teiles der Bevölkerung herabgedrückt wird. Nehmen Sie nur das Gelb, das herzulande und anderwärts für Rüstungen verausgabt wird! Die zivilisierten Länder der Erde geben jährlich rund 10 Milliarden für Kriegswesen aus. Gewiß müssen auch wir, solange die anderen Mächte rüsten, unsre Wehrstellung um jeden Preis verteidigen. Erst die Rüstungseinrichtung auf Grund einer internationalen Verständigung kann uns Sicherheit geben, weil sie sowohl uns wie den freunden Staaten die Macht nimmt, unrecht zu tun. Meine Absicht ist nur, zu zeigen, welche ungeheuerliche Verschwendungen diese Ausgaben bedeuten, durch die sich die Menschheit auf eine allgemeine Schlägerei vorbereitet.

Unsere fährländische Rüstungsausgaben betragen 1 Milliarde 400 Mill. Mark (Schilling), das sind 160 Mk auf jeden englischen Haushalt. Würde England von dieser Last befreit, so könnte es jedem Angehörigen der lohnempfahrenden Klasse eine wöchentliche Zugabe von 4 Mark gewähren, ohne daß dadurch auch nur der Kapitalproß verringert würde.

Eine andere Quelle der Verschwendungen liegt in der Art, wie das Land verwaltet wird. (Es folgen Ausführungen über die englische Landfrage, die dem deutschen Leser nicht ohne weiteres verständlich sind. Dann führt der Minister fort.) Eine dritte Quelle der Verschwendungen von Volkskraft ist die Arbeitslosigkeit. Im nächsten Jahre hoffen wir mit einer großen Vorlage hervortreten zu können zur Sicherung der lohnarbeitenden Klassen gegen die Folgen des Mangels von Arbeitsgelegenheit. Weniger Aufmerksamkeit wendet man der Arbeitslosigkeit in den oberen Klassen zu, die ein nicht weniger ernstes Problem und die befriedigende Ursache der Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern ist. Männer und Frauen, deren Erziehung und Ausbildung ungeheure Summen verschlungen hat, führen ein Leben des Müßiggangs. Das ist eine ganz wahnwitzige und schändliche Verschwendungen wertvoller menschlicher Arbeitskräfte! Von solchen Müßiggängern gibt es aber hierzulande mehr als irgendwo sonst in der Welt. Stimmt man diese Leute mit ihrer ganzen Familie und ihrem sonstigen reichlichen Anhang, so findet man, daß sich die Gesamtzahl auf etwa zwei Millionen beläßt. Das ist genau so, als wenn die großen Handels- und Industriestädte Manchester, Liverpool und Glasgow in großen privilegierten Gemeinden verwandelt würden, in denen keiner Mensch einer produktiven Beschäftigung nachgeht und alle Tätigkeit bloß darin besteht, daß sie einen amüsieren und die anderen ihnen dabei behilflich sind! Kann man sich eine ärgerliche Verschwendungen, eine unerträgliche Last der menschliche Gesellschaft — kann man sich aber auch eine größere Überhöheit vorstellen als ein derartiges System?

Und doch ist dieses System kennzeichnend für die Zustände, unter denen wir in diesem Lande existieren, wo ein Teil der Bevölkerung, ohne Arbeit, ein Leben des verschwendenden Müßiggangs führt, während die große Masse der andern ein Leben harter Arbeit lebt, ohne für Nahrung, Kleidung und Erholung genug zu erwerben!

Durch Sudan fließt ein großer, reicher Strom, seine Kraft reicht aus, ganz Sudan und Ägypten mit Fruchtbarkeit zu erfüllen, er führt Wasser genug, um beide Länder zu bewässern und sie bis in den letzten Winkel hinein zu bebauen. Wenn aber aus irgendeinem Grunde der Wasservorrat in den höher gelegenen Gebieten verschwendet wird, dann muß das ganze Land hunger leiden. So gab es früher auch im Obersudan ein weites Gebiet, in dem das Wasser aufgestaut wurde, und das auf diese Weise zu einem Moor verwandelt wurde, der nichts von sich gab als Pestilenz,

Regine.

Eine Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyer.

8. Fortsetzung.

Unverhofft aber wurde die bis dahin rüstige Frau dieses Mannes von einer Krankheit befallen und starb, nachdem sie längere Zeit gesiecht hatte. Die Trauer und die Geschäfte, die aus dem Todesfall erwuchsen, hielten den Witwer eine geruhsame Zeit vom Hause des Bäckers fern. Er hatte von der Verstorbenen drei Kinder, darunter eine schon mannbare Tochter, und die Einrichtungen, die er in Bezug auf sie treffen zu müssen glaubte, gaben ihm viel zu tun. Endlich erschien er wieder. Er hatte in seiner dunklen Kleidung ein eigenes würdiges Aussehen, und seine Miene verriet ein bestimmtes Vorhaben. Als Regine zufällig ins Zimmer trat, wurde ihr von der Bäckerin ein Gang aufgetragen, der sie auf eine Stunde von Haus entfernte. Nach ihrer Zurückkunft war der Besuch fort, die Bäckerin aber, der sie Rechenschaft ablegte, sah ihr ins Gesicht, als ob sie es nie gesehen hätte, und sagte mit bedeutendem Nicken: „Es ist gut!“

Der Bäcker hatte dem Ehepaar ohne viele Umstände erklärt, daß er wieder heiraten müsse, da er, in der Mitte der vierzig, noch in den besten Jahren sei und seine Wirtschaft noch nicht abgebaut könne. Zu dieser brauchte er eine geschickte, gefunde, arbeitsame Frau, und eine solche würde die Regine sein. Er gedachte um sie anzuhalten, wenn es sich wegen der Trauer schicken werde, ihnen habe er das aber einstweilen sagen wollen, damit sie wüßten, was er im Sinn habe, und ihm nach Umständen behilflich sein könnten. Denn er wolle es nur grad herauslügen, das Mädchen gefalle ihm sehr und er wünsche sich nichts Besseres, als sie zur Frau zu haben; er glaubte aber auch, daß sie von Glück sagen könne, wenn sie in eine der ersten Wirtschaften von Augsburg hineinheirate und einen Mann bekomme, den noch ganz andere Mädchen gern hätten, wenn er sie nur möchte.

Der Bäcker machte bei dieser Eröffnung ein bedenkliches Gesicht und sah den Witwer mit einem eigenen satirischen Lächeln an; die Frau dagegen ergriff den Vorschlag mit Lebhaftigkeit. Das wäre ein Glück, das sie ihrem Bäschchen lange gewünscht hätte, und sie müsse es sagen. Sie freue sich über alle Mäzen darüber. Schon lange habe sie auch von dem Mädchen gefordert, sie solle sich Stadt-

kleider machen lassen, weil sie recht eigentlich für die Stadt passe; aber sie habe nicht gefolgt, weil ihr eben immer noch Bauerndenkungen im Kopfe steckten. Nun sei's Gottlob von selber gegangen, wie sie gemeint habe, und nun sei's um so besser. Der Herr Bäcker sei noch in den besten Jahren und gefund und frisch wie ein Zwanziger; die Regine könnte sich gratulieren, einen Mann zu bekommen, der eine solche Wirtschaft habe und so in Auehern stehe wie er. Sie werde das auch einsehen und mit beiden Händen zulangen. Indessen sei es doch gut, daß der Herr Bäcker zuerst mit ihnen gesprochen habe; sie wolle das Mädchen vorbereiten und die Sache so einrichten, daß er nur kommen und das Jawort abholen dürfe.

Der Bäcker erklärte nun, er wolle gleichfalls tun, was er könne, da er sehr, wie viel dem Bäcker daran liege. Die Regine werde aber Augen machen, wenn sie es erfahre, denn daß so ein Mann sie zur Frau begehrten könnte, das wäre ihr gewiß im Traum nicht eingefallen. — Nach diesen ironischen Worten zeigte er eine Miene, als wollte er hinzufügen: „Das wird nichts!“

Nach dem Abgang des Freiers konnte der Gatte sich nicht enthalten, seine Zweifel laut werden zu lassen. Vor allem frage er sich, ob die Regine den Bäcker auch möge. Die Frau erwiederte lebhaft, ja fast hitzig: dafür wolle sie gern; denn die Regine sei verständig und solch einen Antrag ausschlagen, wäre ganz verrückt. Sie widersprach noch mehreren Bedenken, die der Mann äußerte, mit Nachdruck, fand indessen doch für gut, dem Mädchen zunächst auch nicht einmal eine Andeutung zu geben, Welch ein Glück ihrer warte, sondern entschied sich für ein anderes Einleitungsmitteil.

Sie schrieb an die Base Gröninger, sahte ihr auseinander, was im Werke sei, rührte den Freier und seine Wirtschaft aufs höchste und forderte sie auf, nun endlich auf Besuch zu kommen, damit man alles genau miteinander besprechen könne. Und nicht acht Tage vergingen, so war die alte Bäuerin in Augsburg.

Freudig von der Tochter, sah freundlich von dem Ehepaar empfangen, verlebte die Gröningerin die ersten Tage in allen Genüssen, die ihr die Gastlichkeit ihrer Verwandten in und außer dem Hause bereiteten konnte. In einer gehörigen Unterredung mit der Bäckerin erklärte sie sich mit dem Plan durchaus einverstanden, denn eine „Wirt zu machen“, d. h. ihre Tochter dem „Wirt zu geben“, war die ein sehr lockender Gedanke, sie meinte indessen, die Regine

könnte sich doch zuerst „schaufen“ (schräuben, sträuben), und in jedem Fall müsse sie den Herrn Bäcker und „sein Sach“ zuerst sehen, ehe sie sagen könne, was am besten zu tun sei.

Am folgenden Tage führte die Bäckerin die Dorfbäuerin in die Wirtschaft. Der Eigentümer begrüßte sie freundlich, mit einer sonderbaren Mischung von Achtung vor der künftigen Schwiegermutter und Verabscheuung gegen die Bäuerin. Er führte sie in den Verchlag, wartete nacheinander mit Bier, Wein und Kaffee auf, ward immer zutraulicher und munter und behandelte die Bäuerin endlich mit all dem überlegenen Wohlwollen eines alten Bekannten. Streitig geworden lag in seinem Benehmen, wie es nach und nach sich entwickelte, nicht viel Schmeichelhaftes für die Frau; aber diese obwohl im Dorte geschickt und scharfsichtig genug, nahm es doch nicht schlüssig auf, weil sie glaubte, daß solche Manierer einen Herrn zumakten.

Der beleibte, rotglänzende Witwer hatte auf sie als Freier ihrer Tochter zuerst einen bedenklichen Eindruck gemacht. Sie fürchtete sehr, daß er dieser zu alt und nicht schön genug sein könnte; allein die große, stattliche Wirtschaft, das Bräuhaus und all die schönen Sachen in der Brunkstube, die er ihr zeigte, stachen ihr wundersam in die Augen, und sie meinte in ihrem Herzen, um so herrlicher Dinge willen könnte sich die Regine den Besitzer, der im Grunde noch ein rüstiger, anscheinlicher Mann wäre, doch gefallen lassen und glücklich mit ihm leben. — In lebhafter Erregung, die mehr durch das Geschehene als das Genossene bewirkt war, nahm sie von dem Mann Abschied, beide drückten sich die Hände, und er begleitete sie bis auf die Straße, wo er ihr schmunzelnd „auf Wiedersehen“ nachrief.

Noch an demselben Tage begann die Gröningerin bei Regine auf den Busch zu klopfen. Sie fragte nach einem Lob der prächtigen Stadt Lübeck, ob sie sich nicht in Augsburg verheiraten möchte. Das Mädchen erwiderte: „Wenn einer danach käme, ja; lieber würde ich aber eine Bäuerin werden.“ Die alte meinte, es wäre hier doch gar zu schön, sie hätte das nicht geglaubt, und wenn man eines Bäckermeisterin oder eine Wirtin, oder sonst was Rechtes werden könnte, da sollte man's bei dem Manne nicht so genau nehmen, sollte nicht so viel nach Jugend und Schönheit fragen, sondern ein Auge zudenken. — Regine schüttelte mit ernstem Lächeln den Kopf und erwiderte rubig, aber bestimmt: „Einen solchen Mutter, wo ich ein Auge zudenken müge, fände ich nicht nehmen.“ Wie rief die alte

Ordentlich und verständig bewirtschaftet und verteilt, reicht jetzt die Wassermenge dazu aus, um das dürre Tal fruchtbar zu machen und die Wüste in einen blühenden Garten zu verwandeln.

Das ist das Problem der Zivilisation!

Nicht bloß in England, auch in anderen Ländern. Zu manchen Zeiten überschwemmen die Städte des Reichstums gewisse besonders begünstigte Regionen und verwandeln sie dadurch in einen Morast, der die soziale Atmosphäre vergiftet. Andere hängen von einem kleinen Wässlein ab, das bei jeder Dürre rasch vertrocknet, und da gibt es denn zu zentralen großen Massen von Männern und Frauen, die der Segen der Flut nicht mehr erreicht, und dann haben Sie den Anblick ausgemergelter Menschenmenschen, plasser abgezähmter Geschöpfe einer Wüste, in deren Dürre selbst die Träne versiegte.

Was soll geschehen? Karin stimme ich nun wieder ganz mit Chamberlain überein: Nur kühne Mittel können helfen.

Alles, was wir bisher getan haben, war zu schwächlich und zu schwächern. Das Problem muß von großen Gesichtspunkten aus angefaßt werden. Die Zeit ist gekommen, alle Lebensbedingungen der Nation und des Reiches zu revolutionieren, und wehe der Generation, der der Mut zur Lösung dieser Aufgabe fehlt!

Mag drum, dies ist mein Rat, das Volk die Ziele seiner Politik hoch und weit stellen und ihnen nachstreben mit unerschütterlicher Entschlußkraft durch alle Feindschläge und Enttäuschungen, bis das Befreiungswerk vollendet ist!

Zentrum und die Gewerkschaftsbewegung.

Seit Jahren gibt die "Germania" als Zentralorgan der Kapitalisten katholischer Obsidian ihrer Abneigung gegen die Arbeiterbewegung unverhohlen Ausdruck. Ob die Ausgebeuteten freigelehrtschaftlich oder christlich organisiert sind, ist dem Zentrumsblatte dabei gleichgültig; wenn Arbeiter einmal dem Bedürfnis zur Organisation genügen wollen, dann mögen sie es höchsten Falles zu Streitbrecherzwecken in den unter geistlicher Leitung stehenden katholischen Fachabteilungen tun. Von diesem Standpunkt aus mittelfertig die "Germania" denn auch mit den günstigsten Reichsverbandsblättern im Gezeter über die Verschwendug der "Arbeitergroßen" in den Gewerkschaften. Auch in ihrer Nr. 242 vom 20. Oktober 1910 rechnet sie unter der vielbeliebten Überschrift "Sozialdemokratische Wirtschaft" zum Behagen aller Arbeitervölker aus, daß der Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und Arbeitern Deutschlands den fünften Teil seiner Einnahmen für Beamtengehälter und Kongresse verbraucht habe.

Wir sind der sachlichen Auseinandersetzung mit dem katholischen Unternehmerorgan überhoben, wenn wir eine Antwort abdrucken, die die von dem jetzigen Zentrumsgeordneten Giesbert herausgegebene "Westdeutsche Arbeiterzeitung" bereits vor acht Jahren der "Germania" in einem ähnlichen Falle erzielte hat. Ende 1902 erhöhte in ihren Spalten dasselbe Blatt über sozialdemokratische Ausbeutung der Arbeiterschaft. Diese Unanständigkeit trieb Herrn Giesbert die Galle ins Blut. Die von ihm redigierte "Westdeutsche Arbeiterzeitung" nannte die Niederträchtigkeiten des führenden Zentrumsblattes eine "Entgleisung", und dann schrieb er wortlich über den Artikel der "Germania":

"Wir wünschen, daß man sich an der Opferwilligkeit der sozialdemokratischen Arbeiter für ihre Partei ein Beispiel nehme. Ob in der sozialdemokratischen Partei mehr Steuer sind als in anderen Parteien, können wir nicht beurteilen, da kein Material dafür vorliegt. Wir haben aber den Eindruck, daß die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren "bezahlten" Führern ein reichliches Maß von geistiger und agitatorischer Arbeit fordern, und daß diese auch wohl meistens geleistet wird. Sächlich aber ist es Sache der sozialdemokratischen Arbeiter, anzusehen, wie ihre Agitationstaktiken verwendet werden.

Unsere eigene Sache wird aber durch Artikel, wie sie die "Germania" bringt, nicht sonderlich gefördert werden. Innerhalb der Zentrumspartei treiben sich ständig die Klagen über den Mangel an Mitteln, um eine umfangreiche Agitation gegen die gegnerischen Parteien zu entfalten. Die Anstellung von Sekretären, auch nur für große Landesteile, ist aus dem nämlichen Grunde unterblieben. Infolgedessen werden oft

"und dann nicht, wenn du die erste und reichste Bräutin werden könne von ganz Augsburg?" — "Rein," war die Antwort. "Die Ehre und das Geld machen mich nicht glücklich." — Dies war mit einem Schatten von Trauer gesagt, der über ihre Züge lag, und mit sanftem, aber so entschiedenem Ton, daß jedes fernere Zureden unnötig erschien.

Die Mutter teilte das Ergebnis der Bäuerin mit. Die war verdrießlich über den "Eigentum", meinte aber, man würde ihr den Kopf noch zurechtsetzen können, wie man ihn schon so mancher zurechtgelegt habe. Nach einer längeren Erwagung und Berechnung fand man es doch am geratensten, zumindest dem Mädchen nichts weiter zu sagen. Der Bäuerin mußte aufzuhören, noch ein Bierfestjahr mindestens hinzugehen lassen, bis er als Freier und Brautigam austreten könnte. So lang wollte man warten, und Regine sollte zugleich mit dem Antrag einen Brief von der Mutter erhalten, worin sie hoch gemahnt wurde, ihn anzunehmen. Sogar man ihr jetzt etwas, so konnte sie's überlegen und sollte Streiche machen; aber wenn alles mit einem Male an sie kam, da würde sie nicht, was sie tun sollte, und in der Beurteilung könnte man ihr das Jawort abhauen — zu ihrem Glück.

Die Zeit, welche die Bäuerin für ihren Besuch bestimmt hatte, war verfrüht, ihr Geschäft beendet. Bei dem Abschied war die Bäuerin von Bertrauen, die Mutter von Furcht und Hoffnung erfüllt und Regine hatte keine Ahnung davon, was man mit ihr vorhatte.

Wendungen.

Der Bäuer hat, nachdem die Regine das Dorf mit der Stadt verlassen, an der Seite des Weides gefand und sich weiter glich. Nach Ankunft der Leute war er einer der gläubigsten Menschen. Er hatte alles, was der Bauer sich an Lebensgütern zu wünschen und an andern zu bewundern pflegt: Haas und Hoi, ein stattliches, tüpfiges Reh, die angenehme Fruchtbarkeit und schon zum Beginn ein Vermögen, womit er etwaigen Unfällen ruhig entgegenstehen könnte. Ein im Hies geläufiges Sprichwort liegt: "Nur Unglück kann Gott und Bauer". Und Unglück ist bei einer gewissen Stimmung natürlich nicht zu vermeiden. Da gab es Regine wegen eines traurigen und schweren Schicksals, das sie in die Knie zwang, und Regine hatte keine Ahnung davon, was das kann werden, aber ebenso sicher wie der Bäuerin kommt, aber ebenso sicher ist auch Regine, wie Regine wieder auf sie kommt, und sie

die besten Gelegenheiten und die erfolgreichsten Mittel für die Agitation unbekannt gelassen. In Zentrumskreisen ist man sich längst klar, daß hier eine Änderung eintreten muß, soll nicht eine Position nach der andern dem Gegner überlassen werden und soll nicht schon die nächste Wahl selbstsame Überraschungen für uns bringen, so ist es notwendig, daß ungesämt die Agitation auf der ganzen Linie vorbereitet wird. Dann werden wir aber in die Lage kommen, das zu tun, was die "Germania" bei den Sozialdemokraten verurteilt und von unseren Parteienhängern unseren Beiträge erhielt müssen, und dann — werden uns unsere Spießer entgegenhalten: Aber das tun doch nur die Sozialdemokraten. Sollen wir nun auch Futterkrippen schaffen für politische Streber und Agitatoren? Man soll also mit solchen Angriffen etwas vorsichtiger sein."

Führt man sich diese Antwort eines Zentrumsmannes vor Augen, dann kann man sich vorstellen, welch einen Gefallen die "Germania" den Leuten der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit ihren Heuchelphrasen über die Verwendung der Arbeitersprüche erweist. Dann tritt aber auch von neuem zutage, wie sehr der Zentrumsführer Bachem im Recht war, als er in der im Juli 1902 abgehaltenen Sitzung des Augustinusvereins für die katholische Presse

sagte: "Keine Presse stehe so niedrig da und in keiner werde so gehäuft gekämpft, wie in der Mehrheit der Zentrumspressen, die da, wo die Gründe versagen, zur persönlichen Beschimpfung und Verdächtigung greife. In der persönlichen Beschimpfung und Verdächtigung der Gegner werde die katholische Presse von keiner anderen Presse übertragen."

Aus der Partei.

Der Schnapsbokott wirkt. Das müssen jetzt auch ehrliche Gegner zugeben, die im vorigen Jahre glaubten, über den Bockfotbeschluß des Leipziger Parteitages lächerlich zu können. So schreibt jetzt der "Darm. Courier": "Es liegt seit ein reichliches Betriebsjahr hinter uns nach Annahme des Brantweinsteuergeiges und auch der Leipziger sozialdemokratischen Resolution, die den Brantweinbokott als Protest gegen die neuen Steuergesetze agrarisch-konservativ-ultramontaner Herkunft aussprach. Die Verbrauchsstatistik des letzten Jahres sind soeben veröffentlicht; aus ihnen geht hervor, daß der Trinkverbrauch zurückgegangen ist von 2 598 052 auf 1 796 070 Hektoliter; er ist also gesunken um 801 982 Hektoliter. Ein Teil dieses Rückgangs dürfte darauf zurückzuführen sein, daß vor Auftreten des neuen Steuergesetzes die Konsumenten sich mit Brantwein vorverorgt hatten; aber diese Vorverförderung ist doch nicht so erheblich gewesen, denn der rechnungsmäßige Mehrverbrauch von Trinkbrantwein in 1908-09 gegenüber 1907-08 beträgt nur 217 492 Hektoliter, selbst wenn man diese Menge ganz als Vorratsförderung buchen wollte, was entschieden zu viel ist, so bleiben annähernd 600 000 Hektoliter. Minderverbrauch, das ist etwa der vlerkte Teil des Verbrauchs von 1908-09. Es ist also nicht anfangs möglich, den Brantweinbokott als schlechtes Gesetz zu bezeichnen. Awar ist die Parole der Sozialdemokratie: "Weg mit dem Fusel der Agrarier," nicht an allen Orten folgt worden, weil ein großer Teil der Arbeiter nicht organisiert ist, und weil die organisierten nicht sämtlich auf die alte Lebensgewohnheit verzichtet haben. Mancherlei Gelegenheiten waren vorhanden, und es ist dann noch ein ansehnlicher Erfolg erzielt worden. Was man anfangs verlangte, nämlich den Rückgang des Verbrauchs um mindestens 10 Prozent ist bisher nicht erreicht. Nun soll ja auch nicht übersehen werden, daß das letzte Jahr reich an Arbeiterkonflikten gewesen ist, wobei alle Zugausgaben eingeschränkt worden sind. Niemand darf man annehmen, daß durch die teilweise Befreiung des Brantweinbokotts für die Arbeiterschaft etwa zwei Millionen Mark für andere Zwecke verfügbare geworden sind. Auch auf bürgerlicher Seite tut man daher gut, die Kraft der sozialdemokratischen Organisation nicht zu unterschätzen." — Für die Genossen in Partei und Gewerkschaften kann die konstatierte Tatsache eines erheblichen Rückgangs des Schnapskonsums nur ein Ansporn sein, den Schnapsbokott noch nachdrücklicher durchzuführen.

Berurteile Nebatteure. Wegen angeblicher Belästigung des Berginspektors Bau di sich von der Zeche "Berg-

einsglück" in Zwicker, begangen in einem Artikel der "Bergarbeiter-Zeitung" und dem "Zwickauer Volksblatt", in dem die militärische Verlängerung der Schichtzeit von 10 auf 12 Stunden auf dem genannten Werke tatsächlich kritisiert wird, wurden die Genossen Hermann Krässer vom "Bergarbeiter-Volksblatt" und Theod. Wagner von der "Bergarbeiter-Zeitung" zu je 60 Mk. Geldstrafe, event. 6 Tage Haft und Tragung der Kosten verurteilt. Dabei enthielt der Artikel keinerlei beleidigende Wendungen. Der berichtigte dolus eventualis mußte herhalten. Genosse Großsch in Dresden war als Redakteur der "Görlitzer Volkszeitung" zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er es schriftlich kritisiert hatte, daß der Staatsanwalt einen von dem Polizeiwachtmeister in Laibau (Ostpreußen) zum Skripel geschlagenen Arbeiter wegen Widerrufs anklagte, während der Polizist eigentlich wegen Körperverletzung auf die Anklagebank gehört hätte. Die von Großsch eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen, obwohl auch der Staatsanwalt für Aufhebung des Urteils aus dem formalen Grunde eingetreten war, daß Großsch nicht gestellt worden war, den Bevölker zu führen, daß er selber den Artikel nicht verfaßt hatte. Genosse Großsch muß sonach die sechs Monate Gefängnis verbüßen.

Sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit. Bei der Stadtverordneten-Ersatzwahl für einen verstorbene sozialdemokratische Stadtverordneten bei Solingen, die am Donnerstag stattfand, wurde in der zweiten Abstaltung des Wahlbezirks Biedert der sozialdemokratische Kandidat Lagerhalter Ernst Gieckhorn gewählt. Damit haben die dortigen Parteigenossen wieder die Mehrheit im Höhscheider Stadtverordnetenkollegium erlangt, die sie vor einigen Monaten durch den Tod eines Genossen eingebüßt hatten.

Radbodprozeß.

Der ganze 3. Verhandlungstag stand unter dem Eindruck, den am Vormittag die Feststellung der Tatsache hervorgerufen, daß die nach einhelliger Ansicht der Sachverständigen eintragungsfähigen Schlagwetter nicht nur nicht eingezogen, sondern im Wetterbuch Tag für Tag vernichtet war: "Alle rein!" Einer der vernommenen Steiger, die in vielen Punkten ein schlechtes Gedächtnis vertraten, in der Hauptfache aber günstig für die Bechenverwaltung aussagten, faunte nicht einmal ein Wetterbuch. Es stellte sich heraus, daß das für die Vorfahren vorgeschriebene Taschenwetterbuch mit dem gewiß volzählerischen Vorschlag über Tage zu führenden Hauptwetterbüchern "verquikt" worden ist. Taschenwetterbücher existierten aber gar nicht, was wohl damit zusammenhangt, daß der Vorfahrdienst (Abrechnung von Arbeitstagen, die länger wie drei Stunden unbeteckt geblieben) auf Radbod in Händen der Beamten lag.

Besonders erwähnenswert ist noch die Feststellung, daß die Mehrzahl der Steiger auf Radbod keine Bergschule besucht hat, und daß einer von ihnen auf Vorhalt von Arbeitern über starke Wetter erwidert hat: Ach was, ich kenne meine Frau besser als die Wetter.

Ein Steiger machte einer Kameradschaft (Akkordkolonne) den Vorschlag, sich 50 Mark pro Mann von ihrem Verdienst abzulehnen zu lassen, weil sie zuviel verdient hätten. Als die Kameradschaft darauf mit einer Ausnahme nicht einging, hat der Steiger erklärt, er habe die Lohnliste schon in diesen Sünn ausgefertigt. Er hat dann der Kameradschaft bei der nächstfolgenden Abschlagszählung das einbehaltene Geld als "Vorschub" zur Auszahlung angegeben. Ein Berechnungssystem, das Verteidiger Heine, wie das Verfahren selbst, scharf kritisiert, das aber auf den Bechen häufig und mit Erfolg angewandt wird.

Um die ersten Verhandlungstage wurde zunächst die Frage erörtert, wie der Brand entstanden sei. Der Staatsanwalt hatte eine Benzinsicherheitslampe zur Stelle gebracht und warf die Frage auf, ob es nicht haargenau vor kommt, daß Bergleute Lampen unwillkürlich zerstören. Sachverständiger Hollender meint, daß das außerordentlich vor kommt, daß eine Lampe beschädigt war, ohne daß etwas davon bemerkt wurde.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wird noch einmal zurückgegriffen auf die Frage des Kohlenstaubes, und ein Zeuge befundet neuerdings, daß geschlossen wurde, als einmal der Kohlenstaub einen halben Fuß die lag.

Verteidiger Heine fragt den Direktor Andrei, ob es richtig sei, daß der Personalwechsel auf Grube Radbod einer der größten im ganzen Ruhrrevier war. Direktor Andrei bestreitet dies. Verteidiger Heine hält ihm über die Zahlen vor, aus denen hervorgeht, daß der Abgang und Zugang an Bergleuten auf Zeche Radbod ein ganz enorm hoher war. Verteidiger Heine führt das zurück auf die Löhne, die auf Radbod gezahlt worden sind.

Dann von der Zeche auslassenen Zeugen Thomas war der Vorwurf gemacht worden, daß er während der Arbeitszeit gelesen habe, und daß dies der Grund zur Entlassung war. Thomas stellt dann als Zeuge fest, daß er in einem Augenblick allerdings gelesen habe, aber es sei dies im Rettungsbuch gewesen, das die Bergleute für eine etwaige Rettung enthielt. Von der Verwaltung werden framvirhafte Verfälle genannt, die Entlassung von Bergarbeiteru als nicht im Zusammenhang mit ihren Aussagen stehend hingestellt.

Sachverständiger Hollender meint, daß die bergpolizeilichen Bergleuten anscheinend auf Radbod durchaus nicht eingehalten worden sind. Fortsetzung der Verhandlung am Montag.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Arbeitswissigenagent mutet dem Verdacht des Mädchenthalde. Vor einigen Tagen wurde in Bottighach (Steiermark) ein gewisser Henzelmann verhaftet, angeblich, weil er im Verdacht stand, 25 Mädchenthal nach dem Ausland verschleppt zu haben. Henzelmann stellt es sich heraus, daß Henzelmann als Geschäftsführer der Goldwarenfabrik Adolf Feilzer in Pforzheim die Mädchenthal als Arbeitskräfte "gegen regelrechte Verträge" angeworben hat. Da die Arbeiterschaft in der Pforzheimer Goldmetallindustrie beschlossen hat, wegen Lohnforderungen die Produktion einzustellen, ist es klar, daß Henzelmann Arbeit willig angeboten hat, die den Pforzheimer Arbeitern in den Rücken fallen sollen. Henzelmann wurde wieder aus der Haft entlassen, da die steirischen Behörden merkwürdigweise gegen diesen Mädchenthal handelten, der der Mörung resp. Sicherung des Kapitalprofits dient, nichts einzuwenden haben.

Streit der Töpfer in Belfort. Der Streit der Töpfer in den Belforter Ofenfabriken ist nunmehr perfekt geworden. Sämtliche Denuncianten haben am 22. Oktober die Arbeit niedergelegt. Die an den Töpfereien beschäftigten Töpfer haben den Solidaritätsstreit erklärt. Belforter Verhandlungen werden voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche mit den Unternehmern stattfinden. An deren Ergebnis wird es dann liegen, ob die durch den langwierigen Streit im Jahre 1903 schwer geschädigte Belfort-Schmelzenfabrikadmiral einen weiteren empfindlichen Stoß erhält oder nicht. Durch den Streit im Jahre 1903 ist der Belforter Töpfereien im schrecklichen Maße von seinem Markt

abschafft, vornehmlich Berlin, durch süddeutsche und sächsische Fabrikate abgedrängt worden. Ein erneuter langwieriger Streit könnte also in erster Linie für die Weltener Fabrikanten recht verhängnisvoll werden.

Beabsichtigte Aussperrung der Tabakarbeiter am Niederrhein. Bei der Tabak- und Zigarrenfabrik Wilhelm Mertens in Cleve bestehen Lohndifferenzen. Die Arbeiter verlangen 50 Pf. bis 1,50 Mt. pro Mille Zulage und Lieferung besseren Materials. Die Firma lehnt die Forderungen ab; Verhandlungen mit ihr scheiterten. Die Firma besitzt auch Filialbetriebe in Hoch und in Niersk am Niederrhein. Dort reisten die Arbeiter ebenfalls die Kündigung ein. Am 22. d. M. ließen die Kündigungen ab, sodass über 400 Tabakarbeiter im Streik stehen werden. Die Firma hat jetzt die Hilfe des Niederrheinischen Fabrikantvereins in Anspruch genommen, der, wie verlautet, sich mit der Absicht einer allgemeinen Aussperrung der organisierten Tabakarbeiter am Niederrhein traut. Es kämen dann 1500 Zigarrenarbeiter in Betracht. Die Arbeiter sehen dieser Androhung mit Ruhe entgegen, sind sie doch zu acht Prozent organisiert.

Streik in der Wäscheindustrie in Bielefeld. Freitag Abend beschlossen die Wäschearbeiterinnen mit 1559 gegen 15 Stimmen, am Sonnabend die Arbeit einzustellen. Sonnabend morgen erfolgte die Arbeitseinstellung in 16 Betrieben.

Streik der österreichischen Schiffsmaschinisten. Der Verband der Handelschiffsmaschinisten in Triest hat in einer Versammlung wegen Lohndifferenzen mit dem Arbeitgeberverband und wegen Verweigerung der Gleichstellung mit Schiffsoffizieren einstimmig den Streik der Maschinisten proklamiert. Von dem Streik werden 19 Schiffsmaschinistengesellschaften betroffen, darunter als die größte die "Austria-American"; der "Österreichische Lloyd" und die "Dalmatia" sind davon nicht betroffen. Die Zahl der streitenden Maschinisten dürfte 500 betragen. Die Bestimmungen des Haltpunktes des Streikausbruchs wurde einem besondern Ausschusse überlassen.

8000 englische Bergarbeiter ausständig. In den Kohlengruben der Womels-Duffryn Co. sind 8000 Bergarbeiter in den Ausstand getreten. Man vermutet, dass der Streik sich auch auf andere Gesellschaften ausdehnen wird.

DAS

Beschwerderecht des Soldaten.

Dem "Hamb. Echo" wird geschrieben:

Wenn des öfteren umfangreiche Soldatenmisshandlungen, die von den Peinigern lange Zeit ungehindert betrieben werden konnten, aufgedeckt und abgeurteilt werden, dann ist man in höheren militärischen Kreisen erstaunt ob derartige fortgeschickte Quälereien. Wie war das möglich? Diese Frage wird dann aufgeworfen und dabei auf das Beschwerderecht der Soldaten verwiesen. Gewiss, dem Soldaten steht ein Beschwerderecht zu, und er ist sogar verpflichtet, Vergehen Vorgesetzter zur Meldung zu bringen. Wie sieht es aber mit dem Beschwerderecht in der Praxis aus? Die vielen Soldatenmisshandlungsprozesse haben in dieser Beziehung schon recht bemerkenswerte und lehrreiche Momente gezeigt.

In Fällen, wo es sich um fortgesetzte und schwere Soldatenmisshandlungen handelt, wurden die Soldaten vor Gericht erstaunt befragt, warum sie die Misshandlungen nicht gleich zur Meldung gebracht haben, und darauf hingewiesen, dass sonst die Misshandlungen nicht diesen Umfang hätten annehmen können. Es muss zugegeben werden, dass durch Unterlassung der Beschwerde den Misshandlungen indirekt Vorschub geleistet wird. Aber wenn man die Bedingungen in einer Rechte passieren lässt, nach denen sich der Soldat beim Beschwerdeführen unwilliglich zu richten hat, erhält man die richtige Antwort auf die Frage, warum sich in vielen Fällen die Soldaten nicht über ihre Peiniger beschweren.

Ist ein Soldat von einem Vorgesetzten beleidigt, vorschriftmäßig behandelt oder mißhandelt worden und er will sich dieserhalb beschweren, so hat er sich zuerst beim dienstenden Unteroffizier zu melden. Hier stellen sich dem Soldaten die ersten Schwierigkeiten entgegen. Es ist z. B. absurd, wenn von einem Untergebenen verlangt wird, sich beim dienstenden Unteroffizier — der schließlich selbst die Misshandlung begangen hat — wegen Anbringung einer Beschwerde zu melden. Schon dieser Umstand hält viele Soldaten ab, den Beschwerderecht zu betreten. Zwischen dem Unteroffizier und dem Soldaten entspannt sich zunächst die erste Auseinandersetzung über den Gegenstand der Beschwerde, und nicht selten wird gleich an dieser ersten Stelle im eigenen oder im Interesse der Kameraden vom Vorgesetzten auf den Nutzen gegebenen ein gewirkt, von einer Beschwerde abzusehen. Besteht der Soldat nun aber darauf, die Beschwerde anzubringen, dann geht die Sache zum Feldwebel oder Wachmeister und dann endlich zum Oberleutnant, Hauptmann oder Rittmeister. Überall muss der Soldat persönlich vorstellig werden. Dieser zieht einen Soldaten durchaus unzählig und mit viel Scherereien verbundene Beschwerdeweg, hält so manchen Untergebenen von vornherein davon ab, Meldung über einen Vorgesetzten zu erstatten.

Dann kommt, dass von den Soldatenquälern eine ganze Reihe Maßnahmen den Untergebenen gegenüber angewendet werden, die das Beschwerderecht zu einem nur auf dem Papier stehenden Recht machen. In vielen Fällen scheiden die Soldaten aus Furcht vor weiteren Misshandlungen freiwillig von einer Meldung ab. In der Hauptfache aber werden die Mannschaften durch Drohungen aller Art von einer Beschwerde abzuhalten versucht. In einem großen Soldatenmisshandlungsprozess, wo rund 200 Misshandlungen ihrer Anklage standen, erklärten die Soldaten auf Befragen, dass der Hauptangeklagte ein gewalttätiger, roher und bestialischer Vorgesetzter gewesen sei und sie aus Furcht vor weiteren und vielleicht noch schlimmeren Quälereien nichts gemeldet hätten. Das ist schon sehr häufig vorgekommen. Aber am meisten wird von den Peinigern frost ihrer Vorgesetztenautorität auf die Misshandlungen dadurch eingewirkt, dass ihnen gedroht wird: "Wenn Ihr Euch beschwert, dann geht's Euch schlecht", oder: "Ich werde Euch schon noch tragen". Und — man möchte sagen begreiflicherweise — in den meisten Fällen haben diese Drohungen den Erfolg, dass von einer rechtzeitigen Beschwerde abgesehen wird. Dadurch häufen sich dann Misshandlungen auf. Misshandlungen nicht etwa, dass sich die Soldaten allein aus Furcht vor weiteren Misshandlungen von einer Beschwerde abhalten lassen, nein, schon die Drohung "Ich werde Euch schon noch tragen" genügt meist um dem Untergebenen das Beschwerderecht zu verunmöglichen. Schon der Gedanke, dass ihnen der Dienst erschwert werden könnte, löst die meisten Soldaten nicht zu einer Beschwerde kommen. Und in der Tat, ein Vorgesetzter hat häufig Gelegenheit einen Untergebenen sofort zu beobachten, an allem herumzugehen und ihn wegen jeder Kleinigkeit zu melden. Im Interesse der Quälerei natürlich. Das ist für den Soldaten eine reine Strafe. Erst vor kurzem erklärte ein Misshandelter vor Gericht, er sei nach der Beschwerde sehr stark behandelt worden.

Es ist auch schon häufig vorgekommen, dass Soldaten wegen der ihnen zugesetzten Misshandlungen unter Gericht auf das umständliche Beschwerderecht einfach fahnenflüchtig geworden sind. Die Leute haben dann diesen in der Vergangenheit begangenen Schritt schwer bis hin missen, denn bei Fahnenflucht gibt es bekanntlich keine mildenden Umstände; die Mindeststrafe beträgt eben sechs Monate Gefängnis. Auf diese Strafe wird in solchen Fällen meist erkannt, obgleich sie mit dem gesunden Rechtsempfinden unvereinbar ist.

Leider fassen auch höhere Vorgesetzte das Beschwerderecht nicht mit dem nötigen Ernst auf. Es haben sich beispielsweise schon Fälle ereignet, wo ein Offizier einem Untergebenen, der eine Beschwerde über einen Unteroffizier anstrengte, einfach erklärte, er solle sich die Sache noch einmal überlegen! Nachdem der Soldat glücklich den ganzen Instanzenweg durch war! Wie so etwas auf schläferne und üngstliche Soldaten wirkt, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Alle angeführten Tatsachen tragen dazu bei, dass Beschwerderecht illusorisch zu machen. Darum wird es im Volke nicht verstanden, wenn man gegen Vorgesetzte, die dem Soldaten das Beschwerderecht verkümmern, mit staunenswerter Milde vorgeht. Es muss die Forderung erhoben werden, dass der komplizierte Beschwerdebeweg vereinfacht und dafür gesorgt wird, dass der Soldat ungehindert und ohne Gefahr für sich Beschwerden anbringen kann. Das würde viel eher zur Verminderung der vielen Soldatenquälereien beitragen, als alle gut gemeinten Grässen vom grünen Tisch.

Verständnissen wird die vielfach unwürdige, aller Zivilisation und Kultur hohnsprechende Behandlung von Soldaten durch Vorgesetzte allerdings erst mit der Abschaffung der stehenden Heere und Einführung der von der Sozialdemokratie geforderten Volkswehr.

Erst als Glied einer auf demokratischer Grundlage errichteten Volkswehr hat der unter den Waffen stehende Staatsbürger die Garantie, als Mensch behandelt zu werden. Heute ist der Soldat ein willensloser Sklave, der im Namen der "Disziplin" unbehindert brutalisiert, geschunden und misshandelt, ja schuldlos in den Tod getrieben werden kann. Die leider gar nicht seltenen Rekrutenelbstmorde, die in der Verzweiflung begangen werden, um brutalen Vorgesetzten zu entrinnen, legen das trauriges Zeugnis ab.

Aus dem Gerichtsaal.

Einmal genügt auch schon! Das Schwurgericht in Koblenz hat den früheren Gefängnisaufseher, jetzigen Privatmann Karl Grub aus Mayen wegen vorläufigen Giftmordes an seiner ersten wie seiner zweiten Chefin zweimal zum Tode verurteilt.

Der Alzuberger Zentrumschwund vor Gericht. Das Bundesfest der bayrischen Arbeitersänger, das zu Pfingsten in Nürnberg stattfand, hatte vor dem dortigen Landgericht ein Nachspiel. Bekanntlich hat dieses Fest der ganzen deutschen Zentrumsprese Anlass zu einer sichtlichen Feier gegeben. Es wurde als Beweis dafür angeführt, wie die Sozialdemokraten darauf ausgehen, die "Religion" zu "vernichten". Einem Bestandteil der Feier bildete ein großer historischer Zugzug, der sich durch die ganze Stadt bewegte und der Hunderttausende von Bürgern fand. In einer Gruppe des Zuges befanden sich drei Teilnehmer, die als katholische Geistliche verkleidet waren. Nach den Verhaftungen der Zentrumsprese führten die drei sich schwerer Religionsschwämmungen schuldig gemacht haben dadurch, dass sie während des Zuges wiederholt die Gebräuche der katholischen Kirche nachlässigen. Von den Zeugen konnte nicht einer auch nur das Geringste vorbringen, das die Angeklagten irgendwie hätte belasten können. Es waren Katholiken darunter, die bekundeten, dass sie mit grossem Interesse den gelungenen Zug beobachtet und dass insbesondere die drei Darsteller der Geistlichkeit ihre Rollen durchaus ernst und würdig durchgeführt hätten. Angefischt dieses Verhandlungsergebnisses sah sich der Staatsanwalt gezwungen, zu erklären, dass er den Angeklagten weder eine Religionsschwämmung noch groben Unfug nachweisen könne, und daher ihre Freilassung beantragen müsse. Das Gericht erkannte auf Freispruch unter Überbildung der Kosten auf die Staatsfeste.

Ein Gattenmörder zum Tode verurteilt. Aus London wird gemeldet: Gruppen wurde schuldig befunden, seine Gattin ermordet zu haben, und daraufhin zum Tode verurteilt. Der Richter erklärte dem Verurteilten, dass er ihm keine Hoffnung auf eine Mildierung der Strafe machen könne. Gruppen erblachte und erklärte, er sei unbeschuldigt.

Aus Nah und Fern.

Moskau. Die Justiz ist eifrig bei der Arbeit, um die anfänglich der Vorgänge in Moskau verhafteten ihrer Straftaten entgegenzuführen. 17 Personen sind bereits vor die Strafkammer und 9 vor das Schwurgericht verweischt worden. Wahrscheinlich werden aber im ganzen 40 Personen vor die Strafkammer und ca. 20 vor das Schwurgericht kommen. Vor der Strafkammer soll bereits Anfang November, vor dem Schwurgericht Mitte November verhandelt werden. Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sucht unterdessen eifrig Erklärung gegen die Verhafteten zu machen. Sie behauptet auch in ihrem Nachschub vom Samstag, dem 22. Oktober wieder, dass die sozialdemokratische Leitung hinter den Vorgängen gestanden habe. Inzwischen verlangte von dem Regierungsorgan gelungen wird, die Richter zu einschulen, wie abzuwarten sein.

Schwerer Automobil-Unfall. Aus Potsdam wird berichtet: Am Freitag fuhr ein Automobil zwischen der Kolonne Rehbrücke und der Provinzialanstalt für Syphilitische gegen einen Baum. Der Techniker Wünche, der die Cyklisten führte, war sofort tot. Sein Vater erlitt schwere Arm- und Beinbrüche und wurde in das städtische Krankenhaus in Potsdam übergeführt.

Eine Kultur-tat. In Thorn wurde der frühere Volksschullehrer Jakob Schmidt aus Oswole, Kreis Schwedt, der am 18. April die Besitzerstochter Gertrud Kohlmann aus Piwonik durch Revolverschüsse getötet hatte, durch den Schriftsteller Schwedt-Breslau hingerichtet. Zwei Kinder des Mühlendorfers Mengel einer Transfission der Hintersiedelnschule zu nahe. Ein 18jähriges Mädchen wurde von der Transfission erfasst, herumgeschleppt und sofort getötet. Das andere Kind erlitt erhebliche Verletzungen.

Der Koch als Gaetner. In Kempten wurde der 61 Jahre alte Pfarrkirchenmeier Georg Gab verhaftet, als er sich an einem Opernstadion der St. Lorenzstraße zu schaffen machte. Er gab zu, in den letzten Wochen wiederholt die Opernstücke der Kirche der Stadt zu haben. Ein Polizeibeamter, der sich in einem Reichtum versteckt gehalten hatte, erinnerte ihn auf frischer Tat.

Bergmannstod. Aus Dortmund wird berichtet: Bereits in der Kohlemasse begraben auf der Zeche "Borussia" zwei Bergleute. Einer war gleich tot, der andere wurde nur leicht verletzt.

Unfall des "M. 3". Das Militärluftschiff "M. 3" hatte Befehl, eine nächtliche Übungsfahrt nach Gotha anzureisen, woran sich in Gotha selbst weitere Übungen anschließen sollten. Trotz der wenig günstigen Witterung traf das Luftschiff, wie gemeldet wird, um 9 Uhr 45 Min. in Gotha vor der Luftschiffhalle ein. Beim Eintragen des Luftschiffes in die Halle ereignete sich ein bedauerlicher Unfall, indem die Halle des Luftschiffes an einem vorspringenden Balken der Halle so stark beschädigt wurde, dass das Schiff entleert werden musste. Es wird nach Berlin auf der Bahn zurückgebracht und sofort repariert werden, um alsdann die Übungsfahrten wieder aufzunehmen.

Ein Verhandlungsleiter als Lebendretter. Ein tragischer Vorfall ereignete sich auf einem Gehöft in Steinbrückdorf bei Waldburg (Bezirk Minden). Die geistesgestörte Frau eines dort wohnenden Heuers, Mutter von vier kleinen Kindern, hatte in der Nacht ihr jüngstes, 2½ Jahre altes Söhnchen, in den Hestbach geworfen und nach einiger Zeit die Leiche mit einer Bohnenstange wieder herausgeholt. Sie begab sich dann in ihre Wohnung zurück, legte das tote Kind in die Wiege und weckte ihren schlafenden Mann mit den Worten: "Sieh mal, Welch einen hübschen Toten bringe ich dir in die Wiege gelegt habe!" Am anderen Tage traf eine Gerichtskommission aus Wetho zur Aufnahme des Tatbestandes im Orte ein. Als man die Frau zur Vernehmung herbeirufen wollte, sprang sie in ihrem Bett in den tiefen Teich. Der Verhandlungsleiter, Professor Börner, stürzte sich sofort in das Wasser und brachte unter eigener Lebensgefahr die Frau wieder in Land.

Wüstlingsstreifen. In den letzten Wochen wurde der Verein "Kinderclub" in Frankfurt a. M. auf drei verschiedene Fälle aufmerksam gemacht, in denen Wüstlinge Schul Kinder an sich gelockt und zu unsittlichen Zwecken in Gebrauch führten. Diese angestellten Ermittlungen führten in kürzester Zeit zu dem Ergebnis, dass einstweilen die Beteiligung von 15 Schulmädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren festgestellt wurde. Es ist noch gar nicht abzusehen, wie hoch die Zahl der Opfer beläuft, da diese Unholde ihre Unsitlichkeiten seit vielen Monaten, einer schon seit Jahren betrieben haben soll.

Der Wormser Schulstandart. Zur Abkommandierung von Lehrern an den "Reichsverband" ist festgestellt, dass der Urlaub von der Schulkommission über den Kopf des Schulinspektors hinweg erteilt worden ist, und zwar wie angenommen werden kann, auf Wunsch oder vielmehr Befehl des Freiherrn von Henz. Die drei Herren wurden fübrigens auch auf Kosten des Herrn v. Heyl in der Bekämpfung der Sozialdemokratie unterrichtet. Der Borgang ist, wenigstens für hessische Verhältnisse so skandalös, dass selbst ein unverfälschtes Reichsverbandsorgan, der Darmstädter "Tägl. Anzeiger", für gut findet, die ganze Meldung in Frage zu stellen. Die Tatsachen stimmen aber, und Wormser und Mainzer "Volkszeitung" haben recht, wenn sie das Eingreifen der zweiten Kammer fordern.

Risiko der Bauarbeit. Aus München wird gemeldet: Auf einem Neubau an der Ungererstraße sind am Sonnabend nachmittags die Zimmerleute Wimmer und Reiß abgestürzt. Wimmer ist tot; Reiß wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Erwischte Falschmünzer. Über die Grenze nach Deutschland schmuggelten in letzter Zeit russische Falschmünzer aus, die in Frankreich gefälschte Banknoten in bedeutender Höhe. Die russische Geheimpolizei verhaftete nun mehr zwei Männer und eine Frau, wahrscheinlich die Hauptführer der Bande. Bei ihnen wurden über 400 000 falsche Rubeln gefunden.

Bei einem Grossfeuer umgekommen. In Adelsberg (Unter Schönau) brach ein Brand aus, dem 6 Häuser zum Opfer fielen. Eine Frau ist tot, ein Kind wird vermisst.

Verhaftung eines Stadtkämmerers. In Eisenach wurde gestern der Stadtkämmerer Winzer, der nach Unterschlagung von 35 000 Mt. aus Ostheim in der Rhön vor etwa drei Wochen verschwand und sich zuletzt in Italien aufhielt, durch die Kriminalpolizei verhaftet.

Schweres Schiffunglück? Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro ist der Dampfer "Walby" bei Para gescheitert. 50 Personen sollen ertrunken sein.

Riesendiebstähle auf der Sibirischen Bahn. Die Revision des Senators Medem stellte fest, dass auf der Station Nikolajewsk der Sibirischen Eisenbahn enorme Diebstähle an Waren verübt worden sind, deren Gesamtsumme 7½ Millionen Rubel beträgt. Der Stationschef Alexandrow war deswegen schon vor zwei Jahren angeklagt, die Sache wurde damals aber vertuscht. Senator Medem verlangte von der Sibirischen Bahn die vorauf bezüglichen Dokumente und ließ eine besondere Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit ein.

Eine wahre Schlacht unter Kobolden-Stämmen. Anschlag an ein Fest wird aus dem Dorf Beni Mendes in der algarischen Gemeinde Dragmizan gemeldet. Aus noch unbekannten Gründen entstand unter den Herbeigekommen ein Streit, und sofort bildeten sich feindliche Gruppen. Da alle Welt mit Flinten, Pistolen, Messern und Totallägern bewaffnet war, entpann sich bald eine blutige Schlacht. Kinder und Frauen ergreiften die Flucht, und das Kampfesfeld wurde sichtbar. Es gelang erst nach einer Stunde, die Ruhe wiederherzustellen; man hob von dem Schlachtfeld zwei Tote und fünfzehn Schwerverwundete auf; die in aller Eile herbeigeholte Gendarmerie nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Literarisches.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nummer 22 hat unter anderem folgenden Inhalt: Ein Geheimberlog gegen die Arbeiter-Jugend. — Drei Freunde (Forschung). Von J. Thurau. — Sonderbare Kriechtiere. (Mit Illustrationen). Von M. A. Baede. — Vom Kampf um das Koalitionsrecht. (Aus der Vorzeit der Gewerkschaftsbewegung). — Aus einer Lehrlingsstatistik (Schluß). Von Ritter-Siel. — Aus der Jugendbewegung (Sileswig-Holstein, Bremen, Köln). — Von Kriegschauplatz (Berlin, Trier, Elsen). — Zur wirtschaftlichen Lage. — Der Bringer der Lehrtage. — Kinder. — Freiheit. — Ich riet dir. — Aus dem Leben eines mecklenburgischen Hüterjungen. — Lust du deine Freunde? Von W. Schumann. — Blumenkronenblätter (Vier Jahreszeiten). Von Rich. Wagner. — Interessantes von der Sprache. — Herz. Eine Hindergeschichte von G. Schubert. — Natur. Gedicht von Heinrich Hart.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Berleger: Th. Schwart. Druck: J. F. Meyer & Co.
Gedruckt in Bielefeld.

Gebr. Barg
Lübeck.

Tel. No. 1739
Manufaktur- und Leinenwaren.
Ausstatter-Artikel.
Damen- und Kinder-Konfektion.
Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Einkauf von Margarine verlangt man ausdrücklich die erstklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr Q.m. b. H., Altona-Bahrenfeld. Überall erhältlich!

Abzahl.-Geschäft
S. Sachs, Lübeck, Schmiedestr. 2.

Arb.- u. Berufo - KI.
Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
F. Jürgens, Schwartauer Allee.
Alb. Melincke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. H. Pfeil, am Markt.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Rudolph Karstadt, Entm.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reitfeld, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.
W. Friedrichsen, Travemünde.

Art. z. Krankenpf.
F.W. Busch, Lübeck, Roekstr. 5b.
F. W. Heyde, Königstr. 32.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.
H. Kühl, Huxstr. 34. Lieferant d. Ortskrankenkasse.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
H. Biebelson, Schieß- u. Kegelgew.

Bäckereien

Pau Burmester, Lübeck, Lg. Lobby 49.
Dampf-B. u. Kondit.

Dampfbäckerei Hansa
J. C. D. Jungs & Co.
Verkausstellen in allen Stadtteilen.

J. Eixmann, Fischergrube 47.
T. F. Hinrichs, Moislinger Allee 43.

Hilf. Hüppen, Beckerstr. 36.
H. Jargstorff, Warendorpsstr. 36.

R. Kasch, Fleischhauerstr. u. Grobbäckerei.
Wilk. Krahn, Packenb. Alice 57a.

J. Ketzelmeyer, Kond., Feinbäckerei.
Heinr. Tamm, Wickerstr. 20.

E. Reinhold, Eutin, Kielstr. 34.
Woll-, Fahl-, Grobbäckerei.

John. Gode, Fein- u. Weißbäckerei.
Reinfeld, Kirchsteig 5.

L. Schünenmann, Fein-, Weiß-, Grobbäckerei.

Joh. Elvers, Lübeckerstr. 46.
Erstklass. Ware. Reelle Bedienung.

A. Hinzelmann, Wesoerstr. 23. Feines Schwartau-Weißbrot.

B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
Herrn. Steffen, Beerten.

W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.

F. BARKBY, Huxstr. 107.
Zur Ruhe.

Georg Behnck, Lübeck, Warendorpsstr. 4. Tel. 2186.

Central-Sicherungsinstitut
A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.

L. Irsberg, Paulstr. 16. Säge in allen Preislagen.

C. Thiessen & Sohn, Wahnstr. 73. Übern. ganzer Beerd.

Eigene Leichen- u. Transportwagen.
Lübeck, Schwartau-Allee 192.

L. Woll. Lager fertige Säge.

H. Griebel, Eutin, Weidedestr. 14.

G. Wackenhorst, Faakenburg.

L. Ing., Reesefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsägen.

Besohlanstalten

C. Behnck, Lübeck, Schwartau 4.
Besohlanst., Elektric.

H. Fassack, Gr. Gröpelgrube 14.

Hansa "J. Dettmann", Beckengrube 31.

W. Hitz, Schlossbergsstr. 31.

J. Kühnert, Warendorpsstr. 20.

Joh. Madsen, Kapfer- schmiedestr. 3.

Iohannes Voß, Huxstr. 90.

Betten, Bettfedern

Bahr & Umland, Lübeck, Schlossstr. 4.

Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.

L. Dave, Große Burgstr. 32.

J. Bergesack, Schwartauer Allee.

Alb. Melincke, Ecke Aegidienstr. 15.

Hans Struve, Königsstr. 89.

Richard Wagner, Reinfeld.

Max Kunkel, Schlutup.

Brauereien

Trinkt **Adler-Bier**.

Alte Brauerei Lübeck.

Lübecker Bürgerbrau, Brauerei.

Elbschloss, H. Hitz, Huxstr. 75.

H. A. Weller, Unterstrasse 36.

Fersack 12/4.

Lübecker Hansa.

Bier.

Zur Wallmühle

H. Lück, Lübeck.

Beste Biere in Gruben- und Flaschen.

Gebr. Barg, Lübeck.

Manufaktur- und Leinenwaren.

Ausstatter-Artikel.

Damen- und Kinder-Konfektion.

Herren- und Knaben-Garderobe.

Erscheint dreimal wöchentlich

Bezugsquellen - Verzeichnis

Thdr. Vurst- u. Fleischkons. Fabrik
Tel. 8971 **August Scheer** Tel. 8973
Holstenstr. 19. Tel. 8972.
Hüxstr. 22/24. Tel. 8977.
Warendorpsstr. 21. Tel. 8976.
Breitestr. 44. Tel. 8974.
Mühlenstr. 20. Tel. 8975.
Parcivalstr. 32. Tel. 8978.

H.E. Koch Möbelhäuser
bestbekannt f. gute u. bill. Möbel- u.
Ausstauer-Lieb. Sofas, Stühle, Spieg.,
Matratzen. Musterb. gratis. Lieb. frei.

Billigste Bezugsquelle für
Ofen, Herde, Gascooker, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Schuhwarenhaus A. Popp, Breite-
str. 7.

Den Lesern bei
Einkäufen auf's
beste empfohlen:



G. Stooss
Fischergrube 25

A. N. Becker
Uhrmacher
Uhren und Goldwaren
Spezialität:
Trauringe.
Holsteastr. 32

Piano-Magazine
Haussmann Joannisstr. 14. Ver-
kauf, Vermiet., Repar.
F. W. Kaibel, Breitestr. 40. Neue u.
gebr. Plan. in alt. Preis.
Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 33.
Gasthof am Kreuzweg, E. Cordts, Seeretz.

Ross-Schlächter.
Lübeck, Krähensl. 15.
H. Dieckvöb, Sp.: Röfleischwaren.
Ob. Travest. 2. Tel. 1664.
Loingstraße 8.
J. Strobl, Ob. Bef.
steaks u. Gebacktes frisch v. Eis.
Ernst Wulff, Dankwärtsgr. 34.
frische Schelben und Getacktes.
H. Wulff, Telephor. 1149.
H. J. K. Schulmerich, Mühlenstr. 28.
K. Schulmerich, Mühlenstr. 28.
Wilh. Oldenbürg, Hüxstr. 90.
J. Redemann, Oldesloe, Langest. 8.
Joh. Draguhn, Schwartau, Markt 2.

Kino-Salon
Biophon-Theater Breitestr. 52. Vornehmstes am Platz. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Korbw. Kinderwag.
K. Schulmerich, Mühlenstr. 28.
Wilh. Oldenbürg, Hüxstr. 90.
J. Redemann, Oldesloe, Langest. 8.
Joh. Draguhn, Schwartau, Markt 2.

Schreibe u. Stöcke
E. Peterich, Pfeifen, Schwartau.

Schreibwaren
Lübeck, Krähensl. 15.
Aug. Barmester, Fackenbg. Allee 48.
Th. Linn, Glockengießerstr. 29.
Max. Maxelin Wwe., Moisig, Allee 40a.

Els. Paulsen, Spez. Biermarken.
Otto Wessel, Moisig, Allee 4a.
H. Bruhn, Reinfeld, Bahnhofstr. 100.

Schuhwaren
Herm. Bade, Marienstr. 2.
Baurenfeind, Mühlenstr. 34.
Auch Repar.

E. Baer, Spezial für Arbeiter.
Reifestr. 3, b. d.
Heinr. Beckmann, Schwartau, Allee.

W. Blumenthal, Kohlmarkt, Ecke Sandstr.
Schwartauer Allee, Ecke Geverdesstr.
Balauerhofer 5.

P. Beeck, Maß. Reparaturen.
Schwartauer Allee 25.

L. Duve, Gr. Burgstr. 32.
Feldmeier, Schuh- u. Elberfeld.

F. Jürgens, Schwartauer Allee.
Alb. Melincke, Ecke Aegidienstr. 15.

Hans Struve, Königstr. 89.
Max Wischendorf, Hüxstr. 123.

Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
J. Ramm, Schlutup.

Lederwaren, Koffer
Alex. Krück, Lübeck, Königstr. 47.

Manufakturwaren
Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.

L. Duve, Gr. Burgstr. 32.
Feldmeier, Schuh- u. Elberfeld.

F. Jürgens, Schwartauer Allee.
Alb. Melincke, Ecke Aegidienstr. 15.

H. Fehlauer, Engelsgrube 81.
Holstenstr. 2.

Franzen & Co., str. 16.
Zum billigen Schuhladen,
W. Kracht, Pfaffenstr. 15.

F. Meyer, Hüxterdamm 2.
Rud. Möller, Hartengr. 38. Repar.

Chr. Rehben, Billige Bezugsquelle.
Schwönenkenstr. 25.

H. P. Chr. Schleuß, Schlußstr. 31.
Rudolph Karstadt, Butik.

Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Johannes Hansen, Oldesloe.

A. Brede, Schwartau.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Travest.

Stahl-, Eisenwaren
Otto Beyer, Schleußstr. 4.

Franz Genzwei, Fackenbg. All. 10b.
Fernruf 1031.

J. F. B. Grube, am Markt.

Martin Jürgens, Unt. Hüxstr. 105.

Carl Rittscher, str. 37.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Sol. Stahlw.

Tapeten, Linoleum
G. Beuleke, Lübeck, Königstr. 49.
F. Rehben, Hüxstr. 49.

H. Hornbogen, str. 71.
Friedr. Wilh. Koch, Holstenstr. 7.

Carl Bock, Hüxstr. 22.
Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren
Johs. Bernhardt, Lübeck, Huxstr. 25.

August Böttner, Uhrmacher
Huxstr. 32.

Ernst Gentzen, Königstr. 42.
Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.

Carl Lüneburg, grube 5.
Georg Reiss, 22/24.

Bruno Schmidt, Breitestr. 56.

Heinr. Schultz, str. 20.

Wäsche-Ausstatt.
Ottos Eggers, Lübeck, Huxstr. 43.

Weine, Spirituosen
F. Ahrens, Lübeck, Huxstr. 43.

F. P. Ahrens, Lübeck, Huxstr. 43.

Mülhausen beabsichtigen, in einem Oktroiprozeß mit einem höheren Streitwert Revision einzulegen und die Angelegenheit vor das Reichsgericht zu bringen. Der Ausfall, den die Stadt Straßburg infolge Wegfalls des Oktrois erleidet, beträgt gegen 100 000 Mk.

Türkei.

Ministerkrise. Das Ministerium hat seine Entlassung gegeben.

Persien.

Die Wirren. Der Ort Kaschan wird besiegert. Die Zahl der Toten und Verwundeten wächst schnell. Von Isphahan ist ein Transport mit Geschützen, Gewehren und Patronen, sowie Arzten und Medikamenten nach Kaschan abgegangen. Aus der Landschaft Bachtare werden Verstärkungen gesordert; die Postverbindung mit Teheran ist unterbrochen.

Afien.

Tod des Königs von Siam. König Chulalongkorn ist nach kurzer Krankheit gestorben. Als Todesursache des Königs wird Uraemie angegeben. Der Kronprinz Mahawarawundh wurde zum König proklamiert.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 24. Oktober.

B. Eine Konferenz der Jugendausschüsse für Schleswig-Holstein und beide Lübeck fand am gestrigen Sonntag im "Konvent-Garten" zu Neumünster statt. Die Konferenz war von 62 Delegierten und Gästen aus 16 Orten besucht. Ferner nahmen an der Konferenz teil Genosse Dr. Duncker und Genosse Max Peters Berlin. Letzterer als Vertreter der Zentralstelle der arbeitenden Jugend. Eine von dem Kieler Jugendausschuß aufgestellte Statistik, die der Konferenz vorlag, ergab, daß von den Geldgebern der Ausschüsse in Schleswig-Holstein, Hamburg (soweit preußisches Gebiet in Betracht kommt) und Lübeck 9583,38 Mk. für die Jugendbewegung aufgebracht wurden, demnach Ausgaben in Höhe von 6540 Mk. gegenüberstanden. In 18 Orten gehörten 2687 Jugendliche der Bewegung an. Die "Arb.-Jug." wurde im Juli in 1820 Exemplaren gelesen. Nach einer Erklärung des Genossen Brohm hat sich auch der Lübecker Ausschluß an Schleswig-Holstein angegeschlossen, so daß die Kieler Zentrale künftig die Bezeichnung "Jugend-Kommission für Schleswig-Holstein, Fürstentum Lübeck und Freistaat Lübeck" führt. Hierauf wurde beschlossen, daß zur Kostendeckung jeder Ausschluß 5 Prozent seiner Einnahmen an die Zentrale nach Kiel abzuführen hat. Nach einem 2½-stündigen, äußerst interessanten und lehrreichen Referate des Genossen Adelbert Kiel über "Praktische Jugendarbeit" wurde beschlossen, demnächst in Kiel einen dreitägigen Kursus zur Ausbildung von Jugendleitern abzuhalten. Hierauf referierte Genosse Ristau über Jugendschuh. Eine von ihm vorgelegte Resolution, die im Wortlaut mit der 1. St. auf der Reichskonferenz in Berlin beschlossenen Resolution über Jugendschuh ziemlich übereinstimmt, fand eine einstimmige Annahme. Der jugendliche Genosse Gatz Kiel gab dann einen Rückblick auf die Geschichte der Jugendbewegung in Kiel und ging näher auf Organisationsfragen ein. Als Vorort wurde Kiel wiedergewählt. Nachdem unter Beschiedenheit noch einige wertvolle Vorempfehlungen von einer Anzahl Genossen gegeben wurden, schloß die Konferenz mit einem drohenden Hoch auf die freie Jugendbewegung, die sich in unserer nordwestlichen Ecke des Reiches ausgezeichnet entwickelt hat. An die Konferenz schloß sich ein Muster-Unterhaltungskabinett an.

Arbeitergärten. Man schreibt uns: Zum Zweck der Errichtung von Arbeitergärten (Hamilenkörpern) hat das Finanzdepartement der freien und Hansestadt Lübeck dem Vaterländischen Frauenverein vom Roten Kreuz, Abteilung für Arbeitergärten, ein größeres Gelände am Steinrader Weg und an der Schönbocker Chaussee auf 10 Jahre verpachtet. Das Rote Kreuz wird daselbst 4 Gartenfelder mit 251 je etwa 30 qm großen Gärten einzurichten. Jedes Gartenfeld wird in Patronate mit je 10–12 Gärten eingeteilt. In der Spalte jedes Patronats stehen außer 1 bis 2 Mitgliedern des Roten Kreuzes 2 von den Gartenern aus ihrer Mitte gewählte Patronatsvorsteher. Die Gärten werden durch das Los zu einem jährlichen Pachtzins von 9 Mk. – für jeden Obstbaum ist außerdem ein Zuschlag von 50 Pf. zu zahlen – vergeben, die während der Sommermonate in wöchentlichen Beträgen von 35 Pf. an die Patronatsvorsteher zu entrichten sind. Die Kosten des aus der städtischen Wasserleitung – 10 Pf. pro cbm – bezogenen Wassers werden gleichmäßig auf die Gartenbesitzer umgelegt. Das für eine einfache, 4 Quadratmeter große Laube erforderliche Laubholz kann für 25 Mk. – bei unwichtiger Abzahlung von 1 Mk. an die Patronatsvorsteher – durch Vermittelung des Roten Kreuzes bezogen werden. Auf den durch Drahtzaun abschließenden Gartenfeldern sind 2 je 1400 Quadratmeter große Kinderspielplätze mit Turneinrichtungen vorgesehen. Alle Vereinsvergünstigungen kommen den Gartenbesitzern zugute. Kranke, erholungsbedürftige und kinderreiche Arbeitersfamilien finden an erster Stelle Berücksichtigung. Auch gemeinnützige Vereine und Schulen können Gärten erhalten. Kleinere Gartenparzellen von 20 Quadratmetern werden für 60 Pf. jährlich an einzelne Kinder abgegeben. Bewerbungen um Gartenland werden schriftlich oder mündlich an den Schriftführer, Geheimrat Bielefeldt, Gronsforder Allee 2–4 erbeten. Dabei sind Vor- und Zuname, Beschäftigungsart oder Stellung, Zahl der Kinder und genaue Wohnungsaufgabe anzugeben.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der ersten vollen Woche des ersten Wintermonats in vielen deutschen Städten um eine Kleinigkeit verschlechtert, wenn die Sterblichkeit auch in einigen Städten etwas gesunken ist. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet starben in der Woche vom 2. bis zum 8. Oktober von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in Nachen 11,9, Altona 11,9, Augsburg 15,0, Barmen 8,2, Berlin 11,9, Bielefeld 10, Bochum 16,0, Bonn 19,3, Borken 9,5, Braunschweig 18,1, Bremen 12,1, Breslau 17,1, Charlottenburg 11,6, Chemnitz 14,0, Danzig 21,8, Darmstadt 8,9, Duisburg 14,3, Dresden 10,7, Deutsch-Wilmersdorf 4,4, Duisburg 8,9, Düsseldorf 10,3, Elberfeld 11,1, Erfurt 11,3, Essen 15,6, Frankfurt a. M. 10,5, Freiburg i. B. 15,7, Flensburg —, Frankfurt a. O. —, Fürtb. —, Gera —, Gladbach —, Gleiwitz —, Gelsenkirchen 14,0, Görlitz 10,4, Hagen 10,1, Halle a. S. 16,3, Hamm 13,6, Hamburg 13,7, Harburg —, Hannover 8,8, Heidelberg —, Karlsruhe 12,8, Kassel 9,4, Kiel 12,5, Köln 12,7, Königberg i. B. 16,2, Kaiserslautern —, Königshütte 17,0, Krefeld 2,9, Koblenz —, Leipzig 14,3, Linden 12,9, Liegnitz —, Lübeck 14,0, Ludwigshafen 8,3, Magdeburg 15,5, Mainz 9,1, Mannheim 13,8, Meß 15,9, Mühlhausen i. Th. 12,5, Mühlheim a. d. R. 9,1, München 14,7, Münster 10,2, Nürnberg 12,0, Offenbach 12,5, Planen i. B. 8,4, Polen —, Remscheid 11,1, Riedorf 8,5, Saarbrücken 16,2

Schöneberg 11,1, Spandau 13,6, Stettin 12,9, Straßburg i. Th. 17,7, Stuttgart 1,8, Wiesbaden 14,5, Würzburg 16,6, Zwickau 12,2.

Schulgeld zahlen! Das für Schüler der Städtischen Volksschulen und der Bernd-Schröder-Schule für das 3. Vierteljahr 1910/11 (Mittwoch bis Weihnachten) zu zahlende Schulgeld ist in der Zeit vom Montag, dem 24. Oktober, bis zum Sonnabend, dem 5. November, werktags vormittags von 9–1 Uhr und nachmittags von 8 bis 5 Uhr bei der Kasse der Oberstufschulehörde, Glockengießerstraße Nr. 4, unter Vorlegung der Schulgeldrechnungen zu entrichten.

Ein neuer Eisbrecher. Der Sitzung der hiesigen Kaufmannschaft lag der Antrag zugrunde, 100 000 Mk. für einen stärkeren Schleppdampfer, der zugleich Eisbrecher ist, zu bewilligen. Die Kaufmannschaft genehmigte diesen Antrag und zugleich den weiteren, die Mehrbelastung des Bugstielbetriebs durch eine Eisaxe auf die Ladung in Höhe von 2 Pf., für 100 Kilogramm aufzubringen. Dadurch würde man 11 000 Mk. mehr einnehmen. Weiter wurden noch 25 000 Mk. für Erschließung neuer Bauterrains der Kaufmannschaft bewilligt.

Ballonaufstieg. Gestern vormittag stieg der Ballon "Lübeck" von hier auf. Unmittelbar nach dem Aufstieg folierte der Ballon mit dem auf der alten Eisenbahnbrücke befindlichen Telegraphenpfahl, diesen erheblich beschädigend. Der Ballon segte seine Fahrt nach Südwesten fort.

Ein Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag bei dem Maurer A. Martin, Kaiserstraße 38, erste Etage, verübt. Der Dieb ist wahrscheinlich mittels einer auf dem Grundstück hängenden Leiter durch das nur halb geschlossene Rückfenster eingedrungen, ist von dort in die Schlafstube eingedrungen, wo fünf Personen schliefen, und hat aus der Holentasche des Maurers ein Portemonnaie mit ca. 85 Mk. Inhalt sowie die auf dem Tische liegende Taschenuhr mitgenommen. Die Untersuchung am Sonntagmorgen durch zwei Polizeibeamte und einen Polizeihauptmann war leider vergebens. Von dem frechen Gauner fehlt jede Spur.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 12. d. Mts. ist aus einem Bauernhause in Tramm ein Fahrrad, Marke "Brennabor", mit schwarzem Gestell, eben goldenen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, und einer Glocke mit emailliertem Deckel, auf dem eine Fahne mit den deutschen Farben gezeichnet ist, gestohlen worden. Der Hinterradmantel ist neu, während der Vorderradmantel ziemlich abgenutzt ist. Die Räder sind mit weißem Zelluloid eingefasst. Das Rad hat schwarze Schuhbleche und trägt die Fabriknummer 257 197. Des Diebstahls dringend verdächtig ist der knecht Otto Puls, geboren am 25. Juni 1894 in Hamburg.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Am heutigen Montag geht das wirkungsvolle klassische Schauspiel "Das Käthchen von Heilbronn" von Heinrich von Kleist nochmals in Szene. Für Dienstag ist eine Wiederholung der reizenden Oper "Das Glöckchen des Graminen" von Klara Maillart angesetzt. Am Mittwoch, abends 8 Uhr, findet die Kraufführung des neuen Schwanzes "Die drei Klingelzäge" von Ernst Albert statt. — In Vorbereitung befindet sich Heinrich Ibsens Schauspiel "Die Stufen der Gesellschaft" und die Opern-Rollität "Madame Butterfly" von Puccini.

b. Lüdersdorf. Selbst in ord. Sonntag morgen wurde die Frau des Arbeiters Scharpenberg als Leiche aus einer Dorfkirche gezogen. In der Familie welche auf Hof Wahrson wohnte, wo der Mann auch in Arbeit stand, bestanden seit einiger Zeit eheliche Zwistigkeiten, die wohl zu der unfehligen Tat geführt haben. Vier schulpflichtige Kinder vermissen ihre Mutter.

Fifau. Eine Volksversammlung unter freiem Himmel tagte hier gestern auf einer Koppe. Die hiesigen Einwohner hatten sich erfreulicherweise sehr zahlreich eingefunden, um ein Referat des Genossen Stellings Lübeck über die Bedeutung der bevorstehenden Gemeinderatswahlen entgegenzunehmen. Redner geholtet es u. a. schafft, daß es hier infolge des Terrorismus der Gegner nicht möglich sei, ein Versammlungsklopf zu erhalten. Die beißig aufgenommenen Ausführungen wurden durch den Genossen Gloe als Versammlungsleiter ergänzt. Hoffentlich beherzigen die Genossen die Ausführungen und tun am Wahlgang ihre Pflicht.

Malente. Gemeindevorsitzender wähl. In der Gemeinderatssitzung am Sonnabend, die unter Vorsitz des Regierungsrats Scheer aus Gutin stattfand, wurde Oberleutnant a. D. Meyer-Gutin mit 18 Stimmen zum Gemeindevorsitzender auf acht Jahre gewählt. Der frühere Gemeindevorsitzende Kreufeldt, dessen Amtsperiode am 1. Oktober abgelaufen war, erhielt 5 Stimmen. Es waren 6 Bewerberungen eingegangen. Davon zwei aus der Gemeinde Malente, zwei aus Gutin und je eine aus Ahrensburg und Neumünster. Die Wählerlisten zu den bevorstehenden Gemeindewahlen liegen vom 19. Oktober bis zum 1. November beim 1. Beigeordneten, Hüfner Bielefeldt in Malente zur Einsichtnahme aus.

Malente. Vom Zug überfahren. Sonnabend abend wurden von dem 5 Uhr von Lüttichburg hier einbrechenden Zug acht der wertvollsten Kühe des Hüfner Bielefeldt überfahren. Die Herde sollte umgeweidet werden und mußte bei der Gasanstalt das Geleise überschreiten. In dem Moment würden die Schranken geschlossen. Die auf dem Geleise sich befindenden Tiere wurden nun vom Zug erfaßt. Einige waren total zerstört, den übrigen waren die Beine abgeschnitten und mußten an Ort und Stelle abgeschlachtet werden. Nachdem das Geleise gefasert war, konnte der Zug die Fahrt fortführen. Es wäre wünschenswert, daß hier ein Wärter angestellt würde. Denn die Schranken werden von der Goedenbergstraße aus geschlossen, welche weit entfernt hier von liegt. Bis vor einigen Jahren waren an diesen doch so verkehrreichen Straßen überhaupt keine Schranken vorhanden.

Gutin. Unfall. Am Sonnabend nachmittag gegen 3 Uhr wurde der schwerhörige Händler Petz aus Neudorf beim Überschreiten der Peterstraße von einem Landfahrer überfahren. Neben einem Bruch beider Arme trug der Überfahrene noch eine erhebliche Kopfwunde davon. Er wurde in das Krankenhaus geschafft. Noch gut abgelaufen. Am Sonnabend abend fielen zwei junge Bürchen im Alter von 15 Jahren beim Segeln infolge Kentern des Bootes ins Wasser. Sie hielten sich solange am Boot fest, bis ihnen auf ihre Rufe vom Bauhof Hilfe zuteil wurde. In bestürztem Zustande stützte man die beiden auf; die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg gekrönt.

Gutin. Der Provinzialrat für das Fürstentum Lübeck verabschiedete das neue Schulgesetz für das Fürstentum, wobei die Regierungsvorlage verschiedene Änderungen erfuhr. Die Bestimmung: Wenn ein Geistlicher das religiöse-konfessionale Interesse seiner Kirche durch Beschlüsse des Schulvorstandes gefährdet erachtet, so ist er berechtigt, sie zu beanstanden und die Errichtung der Entscheidung des Staatsministeriums zu beantragen, wurde durch einstimmigen Beschuß gestrichen. Der Paragraph, wonach die Schulvorstände ihre für die Regierung bestimmten Berichte in Schulangelegenheiten an den Kreischa-Inspektor zu richten haben, wurde aus dem Gesetz entfernt. In erster Lesung wurde auch das Gesetz über die Befolzung der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen des Fürstentums erledigt. Dazu lag eine Eingabe des Landeslehrervereins vor, die u. a. darum ersuchte, die Neihenfolge der Alterszulagen wie folgt festzulegen: 5 mal 140 Mark, 5 mal 170 Mark und 5 mal 150 Mark. Mit dieser Endung erklärte sich der Provinzialrat einverstanden. Die Lehrergehälter angerechnet werden dürfen, rief Widerspruch hervor; die Regierungsvertreter erklärten aber, daß der Staat es ablehne, auch weiterhin kostgänger der Kirche zu sein. Die Arbeit des Organisten sei lediglich Nebenberuf und den könne sich auch jeder andere Lehrer verschaffen.

Gutin. Mit dem hev. v. end. Ge. in den Stellings-Lübeck verhandelten die Genossen Stellings-Lübeck, der sich in eingehender Weise mit den Angelegenheiten der Stadt und mit der Stellung der Sozialdemokratie zu den Gemeinderatswahlen beschäftigte. Seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen gipfelten in der dringenden Aufforderung an die hiesige Arbeiterschaft, kräftig in die Agitation für die kommende Gemeinderatswahl einzutreten, damit die Liste der Sozialdemokratie den Sieg davonträgt. Genosse Gloe ergänzte die Ausführungen des Referenten und ermahnte die Arbeiterschaft, auch in politischer Beziehung mehr als bisher auf dem Posten zu sein. Nach einem Hinweis des Vorsitzenden, Genossen Junge, auf die am nächsten Sonnabend bei Herrn Paul Schröder stattfindende Volksversammlung, in der Genossen Bartels-Altona über "Knebelgehege" statt "Volksrecht" sprechen wird, wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

w. Mölln. Eine erfolgreiche Lohnhöhigung haben unsere im Bauhofsarbeiterverband organisierten Kornspeicherarbeiter jetzt durchgeführt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den in Betracht kommenden Speichern der Firmen H. F. Holtz und C. A. Michelsen waren verschieden und erst mehrjähriger Tätigkeit der Organisation ist es zu danken, daß diese Verhältnisse einheitlich wurden. Hierbei ist zu beachten, daß es der Organisation nicht möglich war, bei dieser Tätigkeit direkt mit eingreifen zu können, da die Herren Chefs es nicht für nötig hielten, mit Vertretern der Organisation zu verhandeln, sondern alles mit "ihren" Arbeitern machen. — Jetzt hatten sich bei dem Entlöschung der Hafenabstände eingestellt, deren Abfälle dringend geboten erschien und nun siedelten die Kollegen an die Organisation das Erstrebene, diese Abstände zu befehligen, und gleichzeitig eine Lohnhöhung durchzusetzen. Die Forderungen wurden seitens der Organisation den Firmen schriftlich eingereicht mit dem Erwischen, schriftlich Antwort zu erteilen. Während nun die Firma Michelsen die Antwort an die Organisation richtete, konnte die Firma Holtz sich hierzu nicht verkehren, sondern gab ihre Antwort an die Arbeiter. Mit den gleichlautenden Antworten waren die Kollegen nicht zufrieden und beauftragten nun die Organisationsleiter, mit den Firmen mündlich zu verhandeln. Auch zur mündlichen Verhandlung war die Firma Holtz nicht zu bewegen, nur Herr Michelsen verhandelte, konnte jedoch auch jetzt nicht über das Gebohrne hinausgehen. Jetzt beschlossen die Kollegen, einzutreten, die Arbeit niedergelegen, um so zu zeigen, daß die unterbrechenden Forderungen nicht zum Spaß gestellt seien. Als die Arbeiter die Mitteilung an die Chefs gelangen ließen, daß sie Mittags nicht wiederkommen, war ja wohl das Staunen groß, aber der Erfolg war, daß sich jetzt neben der Firma Michelsen auch die Firma Holtz bereit erklärte, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Neben einer halbstündigen Arbeitszeitkürzung und einer Lohnzulage von zunächst 3 Pf., später nochmals 2 Pf. pro Stunde, wurden verschiedenartige Verbesserungen erzielt und die Tarife schriftlich abgeschlossen. Ein Erfolg der Organisation, der jeden Unorganisierten dazu bestimmen müßte, sich schlemigst der Organisation anzuschließen.

Hamburg. Verschollener Dämpfer. Der Dämpfer "Nordsee" der Oldenburg-portugiesischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, der am 9. Oktober mit einer Ladung von Schottland abging und am 14. in Husum eintraf, soll verschollen sein. Man befürchtet, daß er mit der ganzen Besatzung von 14 Mann untergegangen ist.

Hamburg. Ein Liebesdrama spielt sich am Sonnabend nachmittag 3-Uhr im Hause Mozartstraße 22 ab. Der 25jährige Holzarbeiter Eduard Erdmann verlor seine 16jährige Geliebte Ella Kremer, Tochter des dort wohnenden Gattwirs E., durch drei Revolverschläge schwer und jagte sich dann selbst eine Kugel in die rechte Schläfe, die ihn aber nicht tödlich verlegte. Er hatte das Mädchen als Gast des Vaters kennengelernt, beide unterhielten bald ein Liebesverhältnis, das noch inniger wurde, als er zu seinen Eltern zog. In den letzten Tagen will Erdmann bemerkt haben, daß sein Freund E. in der Wirtschaft anwesend sei. Die Eifersucht plagte ihn schließlich so, daß er beschloß, erst die E. und dann sich selbst zu töten. Er kaufte sich einen Revolver und zog am Sonnabend in der Wirtschaft von E. morgens an. Als sich nun gegen 3 Uhr seine Geliebte aus dem Lokale in die Küche begab, folgte er ihr und gab ohne weiteres drei Revolverschläge auf sie ab, von denen einer in die linke Schläfe drang. Dann schoß er sich in die rechte Schläfe. Beide sanken blutüberström und bewußtlos zu Boden. Frau Kremer stand mehrere Schritte davon entfernt und sah die ganze Szene, konnte jedoch, da sich die Sache zu schnell abspielte, nicht mehr eingreifen. Das Mädchen wurde nach dem St. Georg Krankenhaus übergeführt, wo es noch nicht vernommen werden konnte. Ob man es am Leben erhält, ist noch zweifelhaft. Erdmann konnte bereits einem kurzen Verhör unterzogen werden. In seiner Tasche fand man einen an den Vater seiner Braut gerichteten Abschieds- und Entschuldigungsbrief.

Hamburg. Vater- und Bruder-mord. Nach einem am Sonnabend früh bei der hiesigen Polizei eingegangenen Telegramm hat in Wöbbelin in Mecklenburg der dort zu Besuch weilende 25jährige Gasarbeiter Fritz Boldt aus Hamburg, Wedelstraße 8, wohhaft, am Sonnabend abend seinen Vater und seinen Bruder ermordet und ist dann geflüchtet. Es wurde vermutet, daß er nach Hamburg zurückgekehrt sei und die Behörde stelle daher Polizei in der Nähe der Wohnung auf. Gegen Mittag dingt ein zweites Telegramm von der Staatsanwaltschaft in Schwerin ein, nach dem Boldt dort erhängt aufgefunden worden sei. Er ist am Sonnabend mittag von Hamburg nach Wöbbelin abgereist zu einer Besprechung von Erbschaftssachen und beabsichtigte, in erster Lesung hierher zurückzufahren. Aber die Bluttat selbst ist hier noch nichts bekannt, auch hatte man der Frau B. den wahren Sachverhalt noch nicht mitgeteilt, um eventuell weiteres Unheil zu verhindern. Boldt wird von seinen Kollegen, Nachbarn und Bekannten als ein tugider, besonnener

und keifiger Mann geschildert, dem man ohne weiteres eine so schwere Bluttat nicht zutraut. Er lebte in sehr geordneten Verhältnissen und mit seiner Frau im besten Einvernehmen. Er hinterläßt eine Tochter von 4 und einen Sohn von $\frac{1}{2}$ Jahren.

Altona. Ein Großfeuer ist in Gidelstedt in der Nacht zum Sonntag ausgebrochen. Die Fischerverwaltungsanstalt von Bolash ist abgebrannt. Der Schaden beträgt etwa 70 000 Mt. Leider ist bei dem Feuer ein Altonaer Feuerwehrmann durch herabstürzende Mauerteile schwer verletzt worden, daß seine Überführung nach dem Altonaer Krankenhaus erfolgen mußte.

Neinbek. Großfeuer. Die große Kornscheune des Schaumannschen Gutes in Hinschendorf steht in Flammen, nachdem erst am Mittwoch abend die Scheune des Schaumannschen Gutes in Billwerder niedergebrannt ist. Die Feuerwehren von Neinbek, Wentorf und Schöningstedt sind an der Brandstätte tätig. Auch dieses Feuer wird auf Brandstiftung, die sieben innerhalb weniger Tage, zurückgeschlagen. Von der Landherrenchaft und der Feuerkasse ist eine Belohnung von 2500 Mt. auf die Ergreifung der Brandstifter ausgesetzt.

Nordschleswig. Ein neues preußisches Kulturbild. Die Jagd nach den unglücklichen sogenannten Heimatlosen geht lustig weiter. Diesmal ist es wieder der bekannte Landrat v. Uslar in Alpenrade, der einen Beitrag zum Kulturstandpunkt des preußischen Staates gegeben hat. Ein Schmiedegeselle Burkhal, gebürtig in Högelund, Kreis Habersleben, kam vor anderthalb Jahren nach Alpenrade und fand Arbeit bei dem Schmiedemeister C. Jensen auf dem Nordemarkt daselbst. Im Frühling dieses Jahres verheiratete er sich mit einer Tochter des Tabakarbeiters Koop, auch aus Alpenrade. Inzwischen hatte er feste Arbeit in einer dortigen Leberfabrik bekommen und suchte jetzt um eine Niederlassungserlaubnis nach. Lange Zeit verstrich, ohne daß man etwas über den Verlauf der Angelegenheit erfuhr. Der Besitzer der Leberfabrik war ein guter Patriot, und die Erkundigungen, die durch einen Polizeidienner über Burkhal eingeholt wurden, waren auch sehr günstig für diesen. Er wurde als ein ordentlicher, ruhiger und pflichtgetreuer Mann geschildert. Also Burkhal muß als ein Mann bezeichnet werden, der in jedem geordneten Kulturstaat als ein Gewinn gelten muß. Daß man so lange gezögert hat, könnte ja auch darauf zurückzuführen sein, daß man nur höchst ungern einem so guten Patrioten, wie dem Unternehmer, bei dem Burkhal arbeitete, eine so wertvolle Kraft hat rausen wollen. Inzwischen mögen aber andere Gedanken hinzugekommen sein. Der Schwiegervater des Verfolgten ist nämlich bei dem bekannten Dänendörfer M. Andresen in Arbeit. Ob dieser Grund für die Stellungnahme der Verwaltung ausschlaggebend gewesen ist, soll dahingestellt bleiben. jedenfalls ist man jetzt zu der Überzeugung gekommen, daß das Gesuch des Burkhal nicht erfüllt werden konnte.

Nach Monaten ist ihm jetzt folgende Antwort zugegangen, die allerdings schon vom 30. September in Alpenrade datiert, dem Empfänger aber nichtsdestoweniger erst 14 Tage später in die Hände gekommen ist. Der Bescheid hat folgenden Wortlaut:

Der Königliche Landrat. Alpenrade, 30. Sept. 1910.

F. N. L. 6944.
Die für die Stadt Alpenrade nachgesuchte Niederlassungserlaubnis kann Ihnen nicht gewährt werden. Gleichzeitig wird Ihnen außerdem die Niederlassungserlaubnis für den ganzen Kreis Alpenrade verweigert.

Die eingereichten Beilagen folgen mit zurück.

v. Uslar.

Der Schmied Peter Burkhal muß also Heimat und Familie verlassen. So will es der Landrat. Wie solches Vor gehen mit den Geboten der Menschlichkeit vereinbar ist, kümmert ihn nicht.

Bremen. Die Straßenbahndirektion bleibt halbstarrig. Zum Straßenbahnerstreik wird gemeldet: Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Gewerbege richts führen dazu, daß die Streitenden sich zu folgendem schriftlich diktierter Entgegkommen bereit erklären: Die Verbandsvertreter sind bereit, auf eine direkte Teilnahme an den Verhandlungen zu verzichten, wenn die nachfolgenden Bedingungen von der Direktion vor Eintreten in die Verhandlung anerkannt werden: 1. Die Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiterverband ist dem Personal gestattet. 2. Bei ehemaliger Entlassung von den unter Punkt 3 genannten Funktionären ist dem Ausschuß Mitteilung zu machen. 3. Mahnregelungen, besonders wegen der Lohnbewegung, dürfen nicht stattfinden. Insbesondere haben die Ausschußmitglieder und Vertrauensmänner des Verbandes wegen ihrer Tätigkeit keine Nachstelle zu erwarten.

In der abermaligen Konferenz teilte der Vorsitzende des Gewerbegerichts mit, daß zu seinem Bedauern die Direktion auf dem Stundpunkt steht, daß die zu 1) gestellte Forderung für sie unannehmbar sei und deshalb jede weitere Verhandlung zwecklos wäre. An der beharrlichen Weigerung der Straßenbahndirektion, ihren Angestellten die geschätzte Koalitionsfreiheit zu gewähren, sind also die Verhandlungen abermals gescheitert. In einem wirklichen Rechtsstaat müßte nunmehr der Staat mit aller Energie gegen die pflichtvergessene Straßenbahngesellschaft einschreiten.

Zum gegenwärtigen Stand des Streits wird berichtet: Bis jetzt hat kein Wagen zur Förderung des Publikums die Remisen verlassen. Der Fußgängerverkehr erreicht von Zeit zu Zeit die Dichtigkeit riesenhafter Demonstrationstage, besonders seit Freitag, von welchem Tage an der Bremer Freimarkt große Massen auswärtigen Publikums anzieht.

Bremerhaven. Ein Schauspiel hier festgenommen worden. Der brutale Mensch verübte an einem $\frac{1}{2}$ Jahre alten Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen schwerster Art. Das Kind ist so zugerichtet worden, daß es kaum am Leben erhalten bleiben wird.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Das Glöckchen des Eremiten. Oper in 3 Akten von Maillart. Die Aufführung dieser hübschen Oper in den Spielplan ist nur zu begrüßen. Sie Romantik und unaufdringliche Komik paaren sich in dem Werke, das auch rein musikalisch viele Schönheiten in sich birgt. Sehr erfreulich war die Wiederholung "Glöckchen" hier am Sonnabend erfüllt. Vor allem bot Fräulein Strecker als Rose frivole Leistung, die uneingeschränktes Lob verdient. Die Künstlerin hätte im ersten Aufzug den kleinen Hobold wohl noch etwas mehr herauskehren und die aufsehenerregende Liebe zu Silvana bildeten den Grundton, auf den ihre wilde Geliebte Rose gestimmt war. Gesanglich durchweg vortrefflich, gab sie doch mit dem großen Arie: "Wie ist mir denn seit ich geliebt werde" ihr Bestes. Reicher Beifall dankte der talentierten Sängerin für ihre Darbietung. Herr Fischer gab den Bellamy mit soldatischer Leidenschaft in Szene, aber manchmal etwas zu trocken im Ton. Fräulein Bauer sah als Georgeette hübsch aus und sang auch recht annehmbar; nur fehlte ihrer kleinen Pächtersfrau der natürliche Charme und die erforderliche Ungezwungenheit. Der Silvan hatte in Herrn Melzer einen guten Vertreter. Etwas mehr Humor hätte dem Pächter Thibaut des Herrn Haas nur zum Vorteil gereicht. Chor und Orchester trugen im gleichen Maße zum Gelingen der Vorstellung bei, die von Herrn Kapellmeister Pfeiffer temperamentvoll geleitet und von Herrn Islanu hübsch und stimmungsvoll inszeniert wurde. P. L.

Literarisches.

Lübecker Reformkalender 1911. Der zweite Jahrgang des Lübecker Reformkalenders ist erschienen. Der Inhalt des Kalenders ist wiederum überraschend reichhaltig und vielseitig. Der praktische Teil umfaßt außer dem Kalendarium und dem astronomischen Teil eine Fülle von lübeckischen Verkehrsnotizen, humorvolle und ernste Artikel von Müller-Förster, W. Anthony u. a. wechselt mit plattdeutschen Gedichten und Dörries von C. Pfeiffer, W. Carols, O. Bröcker ab. Viele humoristische Bonmots und Schlager sind eingeschleust. Gegen vierzig Illustrationen von Künsterhand (von J. Gehritz, Paul Thumann, Fedor Flinzer, F. Kleinrich, F. Eckopp und Hans Förster) schmücken das Buch. Troß des Umfangs von 104 Seiten beträgt der Preis nur 25 Pfsg. — In allen Buch- und Papierhandlungen ist der Kalender zu haben.

Verantwortlich für die Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Holzarbeiter-Verband.

Bahnhof Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, d. 25. Oktober, abends $8\frac{1}{4}$ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1910.

Anteilscheine legitimieren.

Der Vorstand.

P. Pape. J. Böger.

Oeffentliche

Versammlung

sämtlicher

Gefäßstoffarbeiter,

Lager-

und Kaufmannsarbeiter

am Dienstag, d. 25. Oktober,

abends $8\frac{1}{2}$ Uhr,

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

Wiederholung!

Wie verbessern wir unsere Lage?

Referent: Kollege Johs. Stelling.

Kollegen, in Eurem eigenen Interesse liegt es, sämtlich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Einberufer.

50 Darstellerinnen und 50

Vorzugskarten mit Datum bis

31. Oktober haben Gültigkeit.

Neues Stadttheater.

Dienstag, 25. Oktober, 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Das Glöckchen des Eremiten.

Komische Oper von Maillart.

Mittwoch, 26. Okt. Abends 8 Uhr.

Bei kleinen Preisen!

Uraufführung!

Die drei Klingelzüge.

Schwanck von Ernst Albert.

Stadthallentheater.

Freitag, 28. Okt. Abends 8 Uhr.

Einstudiges Gesamt-Gespiel.

Louise Willig, Schauspielerin.

Margarete Paschke vom Berliner

Marianne Bratt Theater Berl.

Paul Pauly, v. Schillertheater Berlin.

Viktor Senger v. Deutsches Th. Köln.

(Direktion: Georg Berg, Berlin.)

Die Gioconda.

Tragödie von Gabriele d'Annunzio.

Erhöhte Preise! Tageszeitung!

Der Vorverkauf für dieses Gespiel beginnt morgen Montag in den bekannten Stellen bei Nagel,

Märkt 14, und Ros. Schleser 13.

■ Komitee- und ■ Kommissionssitzungen

A. B. V.

Dienstagsitzung Dienstag abends 8 Uhr präzise.

Umständshalber die 3. Etage, abgeschlossen, mit 2 Zimmern u. Zubehör, noch zum 1. Januar zu vermieten. Nähe: Glandorpf. 44, pt.

Zu vermieten: 2. Laden nebst Zweizimmerwohnung und Zubehör, zum 1. Januar. Näheres Engelwisch 31.

Arbeiterinnen

gesucht

Aug. Schumacher
Enebienstraße 3.

Gefragt ein Mann an der Kreissäge, der auch mit Kesselheizung Bescheid weiß.

Aug. Schumacher
Enebienstraße 3.

Gefragt zum 1. November ein Sanger bei Rächen nach dem Lande. Nähe: Hückergrube 24, I.

Zu verkaufen: 2½ Mr. breiter und 2½ Mr. langer Holzschnappen. Brandenbäumer Chaussee 7.

Kürbis Pfd. 4 Pfsg. zu verkaufen. Gegebersstr. 15, II.

Infolge der Koffee-Zerstörung

trinkt Malzol mit profitablen Zugaben.

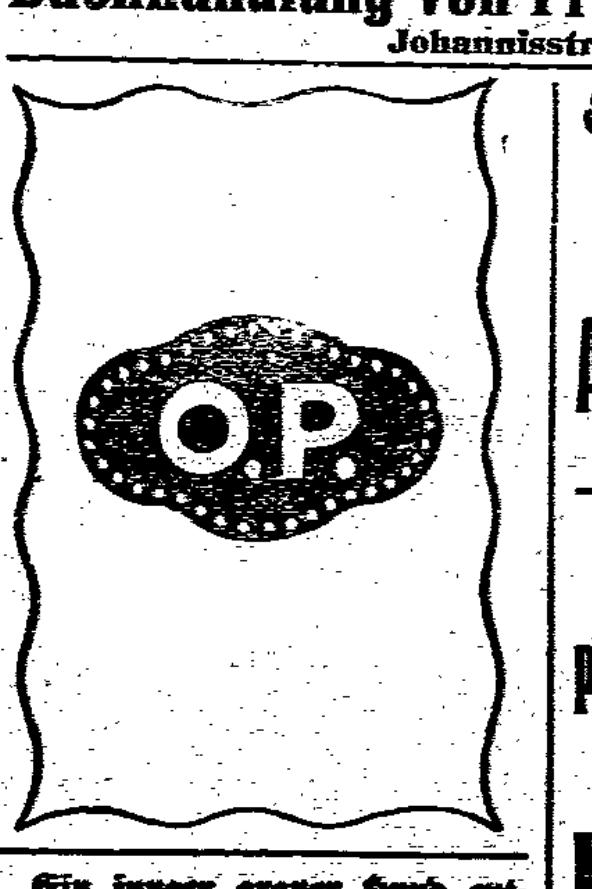
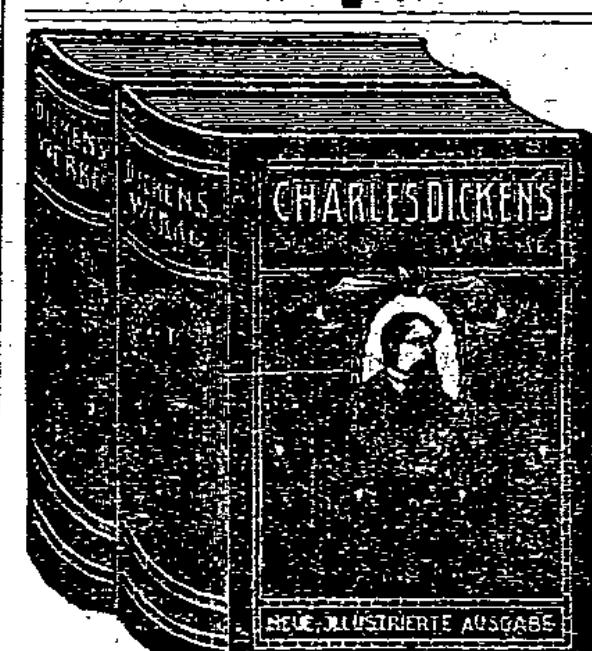
Bester ärztl. empfohlener Kaffee.

überall erhältlich.

Berl.: Hans Wilms. Geschäft 205.

Nähmaschinen-Hinrichsen

Beckergrube 70
verkauft zu bestem Preis
zusätzlich mit 2 Jahren Garantie.



Charles Dickens

Auswahl seiner besten Schriften in einer illustr. Pracht-Ausgabe.

Reichhaltiger, hochinteressanter Inhalt.

2 elegante Pracht-Bände, großes Format.

Beide Bände eleg. geb. zu dem billigen Preise von

nur Mark 3.—

Kapt. Marryats Werke.

Neue illustrierte Pracht-Ausgabe.

Aus dem Inhalt heben wir nur einiges hervor: Jacob Ehrlich Peter Simpel. — Der Pirat. — Das Gespensterschiff. — Drei Kutter Wildbier.

Reichhaltiger, hochinteressanter Inhalt.

2 elegante Pracht-Bände, großes Format.

Beide Bände zu dem billigen

Preise von

nur Mark 3.—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johanniskirche 46.

— Einzelne Ausgabe

— Einzelne Ausgabe